Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 2054. — Rhede: Jos Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagsort: Bocholt.

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsst. RM 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Jeno-) Teil gelten besondere Tarife.

Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 354 | Donnerstag, den 22. Dezember 1932 | Jahrgang 1932

Tagesfragen.

Der Stülpnagel-Kreis.

Bei der Ernennung des Reichswehrministers von Schleicher zum Reichskanzler waren bekanntlich viele Hintertreppenpolitiker am Werk, um durch ein Intrigenspiel die Anbahnung der Gesundung der deutschen Politik zu hintertreiben. Die „Schwarze Front", das Organ Otto Strassers, des Bruders des von Hitler „beurlaubten" Gregor Strasser, ist in ihrer neuesten am Mittwoch erschienenen Nummer in der Lage, in die dunklen Machenschaften hineinzuleuchten. Bisher war unbekannt geblieben, wo die eigentlichen Hintermänner dieses Spieles zu suchen seien. Das erfährt man jetzt in der „Schwarzen Front". Danach soll die führende Persönlichkeit des Intrigenspiels der frühere General von Stülpnagel sein, der zur Zeit maßgeblichen Einfluß auf die „Berliner Börsenzeitung" ausübt. Nach der „Schwarzen Front" hat sich um den General von Stülpnagel ein „Kreis" einflußreicher Männer vereinigt, deren wichtigste u. a. der Adelsmarschall von Berg und der deutschnationale Abgeordnete Oldenburg-Januschau sind. Das Intrigenspiel dieses Kreises war umso gefährlicher, als ihm direkte und starke Einflußmöglichkeit auf den Reichspräsidenten zur Verfügung stand. Der Stülpnagelkreis gehörte zu den Hauptstützen des Papen-Regimes, ohne aber die Verbindung zu Hitler zu verlieren, wofür Göring schon seit Monaten eifriger Verbindungsmann gewesen sei. Nachdem es den Drahtziehern nicht gelungen war, die Berufung von Schleichers zu verhindern, hat nach den Angaben der „Schwarzen Front" ein neues Intrigenspiel gegen Schleicher eingesetzt, um seinen Sturz mit allen Mitteln zu betreiben. Da ein direktes Vorgehen mit Rücksicht auf den Reichspräsidenten nicht zweckmäßig erschienen sei, habe man sich im Stülpnagel-Kreis zum indirekten Verfahren entschlossen. Man habe Schleicher von seinen parlamentarischen Reserven isoliert und ihm dabei seinen Lieblingsplan der „Gewerkschaftslösung" unmöglich gemacht. Ansatzpunkt für die Schwächung der Stellung Schleichers sei in erster Linie die Hitlerpartei gewesen und in zweiter das Zentrum. Für Stülpnagel und seinen Kreis sei es darauf angekommen, einen Keil zwischen Schleicher und Hitler zu treiben und dem General von Schleicher die Möglichkeit zu nehmen, durch seine Verbindungsmänner zur Hitlerpartei und seine Vertrauensmänner in der Hitlerpartei auf den politischen Kurs der Hitlerpartei noch weiterhin Einfluß zu nehmen. Auf den Einfluß Stülpnagels sei letzten Endes auch die Entfernung Gregor Strassers zurückzuführen, zumal dieser eine der stärksten Hoffnungen Schleichers gewesen sei. Weiter hat in dem Intrigenspiel gegen Schleicher eine Rolle gespielt die sogenannte Preußenfrage. Durch die Aufrollung der Preußenfrage sollte nicht nur das Kabinett Schleicher von Preußen her bedroht werden, sondern gleichzeitig auch die zweite Reserve Schleichers, das Zentrum, durch Drohung von allzu enger Verbindung mit Schleicher abgehalten werden. Zu diesem Zweck habe Stülpnagel, der inzwischen neben Göring auch die persönliche Verbindung mit Adolf Hitler hergestellt habe, Hitler zur Aufforderung an die Deutschnationalen zwecks Bildung einer parlamentarischen Preußenregierung angeregt. Daß dieses Spiel Stülpnagel nicht gelang, sei darauf zurückzuführen, daß die Deutschnationalen sich geweigert hätten, die ihnen zugedachte „Rolle des Prellbocks" gegen Schleicher zu spielen. Endlich behauptet die „Schwarze Front", daß es dem General von Stülpnagel trotz seiner Mißerfolge in der Preußenfrage gelungen sei, seinen Einfluß auf Hitler so zu steigern, daß der Kurs der Hitlerpartei augenblicklich völlig von General Stülpnagel beherrscht werde. Stülpnagel sei es auch, der Hitler zur Opposition gegen Schleicher veranlaßt habe, wobei er ihm den Sturz der Regierung Schleicher für Januar nächsten Jahres in feste Aussicht gestellt und sich zugleich selbst als Reichswehrminister in dem dann folgenden Kabinett Hitler zur Verfügung gestellt habe. Stülpnagel habe diese für Hitler „verlockende Aussicht" teils mit den finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Regierung Schleicher, teils mit der Abneigung Hindenburgs gegen Schleicher, die sich bei einem politischen Fehlschlag rasch zur Entziehung des Vertrauens verdichten lasse, begründet. Auf der anderen Seite scheinen die guten Beziehungen des Stülpnagel-Kreises zu Hindenburg Hitler eine gewisse Gewähr dafür zu bieten, daß die Abneigung des Reichspräsidenten gegen seine Person mit Hilfe dieser Freunde überbrückt werden könnte. Auf der Grundlage dieses gegenseitigen Geschäfts beruhe der heutige große Einfluß Stülpnagels auf Hitler. Die ausführlichen Angaben der „Schwarzen Front" sind eine Bestätigung für das, was in politischen Kreisen schon seit mehreren Wochen zum größten Teil nicht unbekannt war. Die Enthüllung der eigentlichen treibenden Kraft ist von besonderem Interesse. Man wird mit Recht darauf gespannt sein dürfen, was General von Stülpnagel, der nicht zu verwechseln ist mit dem General von Stülpnagel des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung, zu den gegen ihn vorgebrachten Vorwürfen zu sagen haben wird. Mit der einfachen Bemerkung, es handele sich um Unwahrheiten, dürfte es nicht getan sein.

*

Das Notwerk der deutschen Jugend.

Ueberraschend schnell und ohne jeden öffentlichen Begleitlärm ist die Verordnung über das Notwerk der deutschen Jugend gefördert worden. Sie wurde in den letzten Tagen im Reichsarbeitsministerium fertiggestellt, mit dem Reichsinnenministerium und dem Reichsfinanzministerium im einzelnen erörtert und gestern vom Kabinett beschlossen. Sie dürfte bereits heute in Kraft gesetzt werden; 9—10 Millionen Mark sind für sie vorgesehen. Der Grund für die Beschleunigung dieses Werkes ist nicht nur im starken Interesse des jetzigen Reichsarbeitsministers Dr. Syrup für die sozialen Probleme und Nöte der Jugend zu suchen. Es ergab sich auch ein sehr dringlicher äußerer Anstoß. Die Reichsregierung stand vor der Frage, wie die aus dem freiwilligen Arbeitsdienst in diesen Winterwochen in großer Zahl zurückströmenden Mengen der Jugendlichen weiter unterzubringen waren. Da Arbeitsstellen für sie nicht zur Verfügung stehen, konnte ihre weitere Betreuung nur auf dem Wege über eine neue Unterstützung erfolgen. Nach unseren Informationen ist man sich im Reichskabinett einig geworden, für die Ernährungskosten der jugendlichen Arbeitslosen 20 Pfennig pro Kopf und Tag beizusteuern. Dieses Geld soll nicht nur an die bisherigen offiziellen Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes und an die großen Organisationen der Jugend gezahlt werden, sondern an alle Jugendlichen, die sich in Kameradschaften zusammengefunden haben und zusammenfinden und die sich den Bedingungen einer vierstündigen geregelten Beschäftigung für ihre Mitglieder (2 Stunden vor und 2 Stunden nach dem Mittagessen) unterwerfen. Man will hier im einzelnen ganz unschematisch vorgehen. Die Anträge für diese Reichszuschüsse können bei allen Arbeitsämtern und bei allen mit der Jugendpflege der jugendlichen Erwerbslosen betrauten Stellen eingebracht werden. Regierungsseitig rechnet man damit, daß für das Geld, besonders wenn die Verbände und Organisationen von sich aus 10 bis 15 Pfennige pro Kopf und Tag zuzahlen, durchaus ein nahrhaftes Mittagessen hergestellt werden kann. Darüber hinaus ist geplant, auch Zuschüsse für die Bekleidung anzusetzen.

Die deutsche Wirtschaft und die Politik.

Eine Umschau am Jahresende im Handels- und Industriebeirat der Westfälischen Zentrumspartei.

Wie sind die Aussichten?

¶ **Dortmund**, 21. Dezember.

Zu einer Aussprache über die wirtschaftliche und politische Lage war heute hier der Handels- und Industriebeirat der Westfälischen Zentrumspartei unter dem Vorsitz des Fabrikanten Theodor Schwartz, Bocholt, versammelt. Erschienen waren auch Oberpräsident Gronowski und Regierungspräsident Dr. Pünder sowie eine Anzahl Abgeordneter des Reichstags und Landtags.

Das für die Aussprache grundlegende Referat hielt der Generalsekretär der Handels- und Industriebeiräte der Deutschen Zentrumspartei,

Reichstagsabgeordneter Dr. Fonk.

In klaren und umfassenden Ausführungen sprach er über die Lage der Weltwirtschaft und die wirtschaftliche Lage Deutschlands, über das Lausanner Reparationsabkommen und die Kriegsschuldenfrage und endlich über die politische Situation, wie sie sich seit dem Kabinettswechsel im Reiche entwickelt hat.

Wenn wir uns heute, so führte er aus, den

Status der Wirtschaft

ansehen, so darf man wohl der Zuversicht Ausdruck geben, daß der Aufstieg, von dem wir einige bemerkenswerte Ansätze zu spüren bekommen haben, sich weiter vollziehen wird, und ich nehme an, daß es im Frühjahr noch besser werden wird. Die Rohstoffpreise, die zunächst angezogen hatten, sind allerdings wieder etwas abgebröckelt. Das geht im wesentlichen auf technische Momente zurück. Und man darf wohl damit rechnen, daß bald wieder anziehende Preise kommen werden. Dasselbe gilt für die Renten- und Aktienmärkte, auf denen ja auch ein Rückschlag nach der Aufwärtsbewegung zu verzeichnen war. Langsam aber deutlich vollzieht sich ein Uebergang vom Geld- auf den Kapitalmarkt. Dies ist besonders wichtig. Die Produktions- und Umsatzentwicklung weist steigende Tendenz auf. Im wesentlichen sind Verbrauchsgüter mehr erzeugt worden. Es handelt sich kaum um eine Lagerauffüllung. Der weitere Sturz des Pfundes kündet allerdings neue Schwierigkeiten und unangenehme Auswirkungen an. Die Baumwollindustrie weiß davon ein Lied zu singen.

Die öffentliche Hand weist überall, nicht nur in Deutschland, zunehmende Fehlbeträge auf. Auch die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten hat auf die wirtschaftliche Entwicklung ihre Auswirkung gehabt und hat sie noch. Bis zum 4. März, dem Tag des Amtsantritts des neugewählten Präsidenten Roosevelt, wird kaum in Amerika Entscheidendes in Angriff genommen werden. Man hat ja gesehen, daß Hoover mit seinem Versuch kein Glück gehabt hat, Roosevelt schon jetzt irgendwie in die Verantwortung mit hereinzuziehen. Hoover selber kann nicht daran denken, von sich aus noch Entscheidungen zu treffen, und so wird man leider warten müssen bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung, wie ich sie in diesen Sätzen kurz skizziert habe, spiegelt sich in Deutschland in etwa wider. Wir können sehr starke Geldrückflüsse an die Sparkassen feststellen, ohne daß diese zu Rückzahlungen aufgefordert hätten. Auch bei uns hat eine starke Produktion von Verbrauchsgütern eingesetzt.

Den mit Kreditausweitung verbundenen Wirtschaftsbeschaffungsplänen stehen wir sehr kritisch gegenüber. Der neue Reichsarbeitsbeschaffungskommissar Dr. Gereke ist allerdings schon von seinen ersten Plänen abgekommen.

Er wird sehr bald einsehen, daß viel von dem, was er vor hatte, nicht in die Tat umgesetzt werden kann. Reichskanzler von Schleicher hat ihn dadurch, daß er ihn zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ernannte, gewissermaßen an die Kette genommen. Das und nichts anderes ist meiner Ansicht nach der Sinn, daß er ihm dieses neue Amt übertragen hat. Es ist noch nicht an der Zeit, eine reinliche Scheidung zu fordern, was Privatwirtschaft ist und was der Staat seinerseits zu tun hat, um aus der Privatwirtschaft wieder herauszugehen. Ich habe Bedenken dagegen, daß jetzt schon entscheidende Maßnahmen erfolgen. Man braucht da ja, um ein Beispiel zu geben, etwa nur auf die Dresdner Bank zu verweisen, die heute zum größten Teil dem Staat gehört. Vieles, was heute tief steht, kann sich bessern, und damit kann sich nach gewisser Zeit ein anderer Status für diese Bank ergeben, als sie ihn heute hat. Der jetzige Zeitpunkt scheint darum nicht der richtige zu einer reinlichen Scheidung von Privatwirtschaft und Wirtschaft der öffentlichen Hand zu sein.

Die finanzielle Lage ist überaus ernst. Wir sind ohne jede Reserve in die Krise hineingegangen. Die Verschlechterung von 1929 bis 1932 beträgt 10 Milliarden, eine Summe, die außerordentlich groß ist im Vergleich zu andern Ländern. Reich, Länder und Gemeinden werden in diesem Etatsjahr mit etwa 2,2 Milliarden Defizit abschließen, das ist eine sehr hohe Zahl. Bestände keine Aussicht, daß es bei uns wirtschaftlich besser würde, dann wäre es ein Verbrechen, wenn man jetzt trotz allem, was dagegen ins Feld geführt werden kann, auf Abdeckung dieses Defizits hinarbeiten würde. Voraussetzung aber dafür, daß man das nicht tut, ist, daß man ein ganz klares Bild vor Augen bekommt.

Von der politischen Konsolidierung hängt heute alles ab.

Das haben wir im letzten Sommer schon betont, aber damals standen wir mit unserer Ansicht allein. Inzwischen haben sich jedoch auch andere Leute auf diesen Standpunkt gestellt, so z. B. der Reichsverband der deutschen Industrie. Auch er vertritt heute die Meinung, daß die Politik für die Wirtschaft von überragender Bedeutung ist.

Die Kriegsschuldenfrage

hängt aufs engste mit der Reparationsfrage zusammen.

Heute kann man feststellen, daß die pessimistische Auffassung über Lausanne, die in unsern Reihen deutlich geäußert worden ist, richtig war.

Das gleichzeitig mit dem Lausanner Abkommen zustandegekommene Gentlemen agreement setzte für die Ratifikation des Lausanner Abkommens voraus, daß Amerika den Gläubigern genügendes Entgegenkommen zeigte. Aber Amerika zeigt dazu wenig Neigung. Es ist dabei interessant, daß heute die Gläubigermächte bei der Vertretung ihres Standpunktes gegenüber Amerika sich weitgehend die Auffassungen zu eigen gemacht haben, die wir früher vorbrachten, als wir um die Niederschlagung der Reparationen kämpften. Damals hat man unsere Auffassung lange Zeit nicht gelten lassen wollen, heute aber sagen die Engländer und Franzosen, sie könnten nur zahlen, wenn Amerika ihnen Waren abnähme und die Einfuhr in Amerika nicht durch hohe Zölle erschwert würde. Sie sagen ferner, daß es sowohl für Amerika als Gläubigerland wie für sie als Schuldnerländer besser sei, wenn die gesamten Kriegsschulden gestrichen würden. In der englischen Note an Amerika stand klar: Ohne Entgegenkommen Amerikas können wir das Lausanner Abkommen nicht ratifizieren.

Die Frage ist nun die, ob die Amerikaner Entgegenkommen zeigen werden. Man kann in dieser Hinsicht, zumal hier auch noch die Abrüstungsfrage hineinspielt, nicht sehr optimistisch sein.

Wenn man sich das Wirtschaftsbild Amerikas vor Augen hält und daran denkt, daß der Wahlkampf geführt worden ist mit dem Satz: „Wir werden den reichen Franzosen ihre Schulden nicht erlassen, weil wir Amerikaner sonst höhere Steuern zahlen müßten", so kann man nur sagen, daß sehr ernste Kämpfe zu erwarten sein werden. Jetzt will Hoover ein Schuldenkomitee ernennen, und die Engländer und Franzosen sollen dasselbe tun; diese Ausschüsse sollen alles so weit vorbereiten, daß Roosevelt dann die Entscheidungen für Amerika treffen kann. Aber bis zum 4. März ist wohl kaum allzu viel zu erwarten. Wie steht es aber dann mit uns? Für uns ist die Reparationsfrage jedenfalls noch nicht endgültig erledigt. Andererseits ist, wie man wohl sagen darf, die ganze Welt davon überzeugt, daß wir keine großen Summen mehr aufbringen können.

Die Frage der Kriegsschulden hängt aufs stärkste mit der

Weltwirtschaftskonferenz

zusammen. Diese Konferenz entspricht der Ueberlegung, daß sich die Großmächte und wirtschaftlich bedeutsamen Länder zusammensetzen müssen, um die Weltwirtschaft wieder herzustellen, und daß es keinen Zweck hat, daß die Länder einzeln für sich vorgehen. Aber die Vereinigung der Kriegsschuldenfrage ist Voraussetzung für die Weltwirtschaftskonferenz, sodaß diese wahrscheinlich im Frühjahr noch keine Beschlüsse von größerer Bedeutung wird fassen können.

Der Sturz des englischen Pfundes hat starke Auswirkungen auf die Weltwirtschaft gehabt. Hier taucht die Frage auf: Was machen wir mit unserer Mark, können wir sie dauernd auf ihrer gegenwärtigen Höhe halten? Meine Meinung ist,

daß wir bis zum letzten daran festhalten müssen, daß die Mark stabil bleibt.

Kommen einmal wieder normale Verhältnisse, dann können wir einen freien Entschluß fassen, was wir mit unserer Währung machen wollen. Die Franzosen sagen, man müsse sich auf der Weltwirtschaftskonferenz zunächst über den Sturz des Pfundes und dessen Auswirkungen unterhalten. Dagegen wendet sich der Stolz der Engländer. Sie sagen, man solle sich über die Frage der Preise unterhalten. Auch aus dieser Kontroverse ist zu erkennen, daß der Weltwirtschaftskonferenz noch kein günstiges Horoskop gestellt werden kann. Wie steht es aber nun mit dem ausländischen Geld, das wir in Deutschland festliegen haben? Wenn wir stabile Verhältnisse hätten, gäbe es deswegen keine Frage. So aber sucht das Ausland so schnell wie möglich in den Besitz seiner Gelder zu kommen. Auch diese Frage muß die Weltwirtschaftskonferenz beschäftigen. Eine weitere Frage für sie ist die Frage der Handelspolitik. Wie kommt man zu einem Abbau der Zölle, wie läßt sich das Abkommen von Ottawa in eine Neuregelung hineinbauen? Auch andere handelspolitische Fragen spielen da noch mit, das hat u. a. die Konferenz von Stresa deutlich gemacht.

Für uns ist es von Bedeutung, wer zu der Weltwirtschafts-Konferenz als Vertreter Deutschlands hingeschickt wird. Man braucht da bloß daran denken, was davon abhängt, ob die deutschen Interessen dort von Leuten vertreten werden, die autarkisch eingestellt sind, oder von solchen, die die Bedeutung des Binnen- und des Exportmarktes für Deutschland kennen und zu würdigen wissen. Der Redner kam auf

die politische Lage

zu sprechen. Die Bilanz des Kabinetts von Papen, so sagte er dazu, ist eine durchaus negative. Der Marxismus, der von ihm bekämpft wurde, ist heute im Reichstag weit stärker als früher. Zwei Reichstagsauflösungen haben für unsere Wirtschaft starke Unruhe mitgebracht. Die Beziehungen zwischen dem Reich und den Ländern haben sich verschlechtert. Das Verhältnis zwischen der Regierung und der Arbeiterschaft war unter dem Reichskanzler von Papen denkbar schlecht.

Die Arbeitsmarktlage im Reiche.

5,6 Millionen Arbeitslose.

× **Berlin**, 21. Dezember.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. Dezember bis 15. Dezember hat sich die jahreszeitliche Verschlechterung, der bisher die Hebung industriellen Beschäftigungsgrades entgegengewirkt hatte, in der ersten Dezember-Hälfte stärker durchgesetzt. Das Frostwetter brachte in den meisten Teilen des Reiches die Außenarbeit aller Art zum Erliegen. Die Beschäftigung für Aufträge zum Weihnachtsfest fand ihr Ende. Bei den Arbeitsämtern waren am 15. Dezember rund 5 604 000 Arbeitslose gemeldet, d. h. rund 249 000 mehr als Ende November. Mit einer Belastung dieser Größenordnung war zu rechnen. Die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge hat erwartungsgemäß beträchtlich zugenommen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger lag am 15. Dezember nahe an 700 000. Sie war damit um rund 60 000 höher als Ende November. In ähnlichem Maße, nämlich um rund 57 000, ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge gestiegen. Sie betrug Mitte des Monats rund 1 188 000. Die Reichsanstalt unterstützt damit zusammen rund 1 888 000 Arbeitslose. Aussteuerungen aus der Krisenfürsorge sind bekanntlich im Dezember nicht mehr erfolgt. Es ist daher kaum anzunehmen, daß die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen noch nennenswert gestiegen ist.

Bei Notstandsarbeiten waren Ende November noch etwa 86 000 Arbeitslose beschäftigt. Inzwischen dürfte durch den Einfluß kalter Witterung eine geringe Abnahme erfolgt sein. Bei der Zahl der Arbeitsdienstwilligen ist ebenfalls mit einem gewissen Rückgang zu rechnen. Von der Verschlechterung der Lage wurden die einzelnen Bezirke ohne Ausnahme getroffen. Der industrielle Westen allerdings in verhältnismäßig geringerem Grade. Die Entlassungen in der Landwirtschaft setzten sich fort. Wenn dies auch in langsamerem Tempo geschah, so bleibt doch die zahlungsmäßige Bedeutung erheblich. Für das Weihnachtsgeschäft wurden Verkäuferinnen und Handelshilfspersonal eingestellt. Auch für die Inventur-Ausverkäufe liegen schon Anforderungen vor.

Er hat es sogar damals verhindern zu müssen geglaubt, daß die Präsides der katholischen Arbeiterverbände eine Unterredung mit Hindenburg hatten. Drei Tage nach dem Regierungsantritt von Schleichers aber wurden Vertreter-Gewerkschaften vom Reichspräsidenten empfangen. Auch das Urteil des Staatsgerichtshofes in dem Konflikt mit Preußen war für den Reichspräsidenten nicht angenehm und zur Stärkung seiner Autorität nicht dienlich.

Wenn man sich vor Augen hält, daß die Wiederernennung von Papens schon so gut wie unterschrieben war, und daß erst die Weigerung der Minister, mit dem Reichskanzler von Papen weiterzuarbeiten, die Absicht der Wiederernennung durchkreuzt hat, so kann man nur sagen, daß die sechs Monate des Kabinetts von Papen eine durchaus negative Bilanz aufweisen.

Weiter kam Dr. Fonk auf die Konsolidierungsversuche des Reichspräsidenten zu sprechen. Papen und Hitler haben den Auftrag des Reichspräsidenten, die inneren Verhältnisse zu konsolidieren, nicht auszuführen vermocht. Der Auftrag, den dann der Parteiführer des Zentrums, Dr. Kaas, erhielt, hatte allein den Zweck, festzustellen, wer denn nun von den Parteiführern für die Konsolidierung sei. Danach folgte noch das Intermezzo von Papen-Schleicher, das dann mit dem Siege von Schleicher geendet hat. Ohne Frage haben wir das Kabinett von Schleicher als eine Verbesserung des Kabinetts von Papen aufzufassen. Aber man sagt dem neuen Reichskanzler in Wirtschaftskreisen keine Liebe für die Privatwirtschaft nach. Das gibt zu Bedenken Anlaß. Andererseits

ist es nicht nebensächlich, daß jetzt der Mann, der seit Jahren hinter den Kulissen arbeitete, in das volle Rampenlicht hat treten müssen.

Das ist immerhin ein Gewinn, man sieht jetzt, was er unternimmt. Der neue Reichstag ist sicher nicht von langer Lebensdauer. Die Radikalen haben bei den letzten Wahlen stark zugenommen, die Mitglieder der vernünftigen Parteien sind an Zahl weniger geworden. Gewiß können wir vom Zentrum rein parteipolitisch mit dem Ausfall beider Wahlen zufrieden sein. Aber im großen gesehen ist das Ergebnis vom 6. November nicht erfreulich.

Wie soll es nun, so fragt man sich, weiter gehen, wenn so viele Sozialisten, Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten, im Reichstag sitzen? Ich weiß nicht, ob es berechtigt ist, so starke Befürchtungen deswegen zu hegen, denn viele Kräfte heben sich doch gegenseitig auf.

Aber die Regierung muß dafür Sorge tragen, daß sie eine Mehrheit von Parteien festgebunden hinter sich bekommt. Hier liegt das Problem der nächsten Wochen. Gelingt Schleicher diese Konsolidierung nicht, dann wird er entweder selbst zurücktreten oder den Reichstag auflösen müssen.

Die Entscheidung, was wird, liegt bei den Nationalsozialisten. Gregor Strasser glaubte, durch seinen Rücktritt von den Parteiämtern einen Druck nach der positiven Seite hin zu erreichen. Aber es ist zu erkennen, daß er damit keinen Erfolg hat erzielen können. Bei neuer Auflösung des Reichstags, der sehr schnell die Neuwahlen folgen dürften, werden die Nationalsozialisten, wenn nicht alles täuscht, neue Verluste erleiden. Zugleich jedoch ist zu erwarten, daß die Kommunisten wiederum stärker werden.

Das Zentrum wird gut tun, sich darauf einzustellen, daß Neuwahlen bald kommen.

Die Gedankengänge, die Prälat Dr. Kaas in seiner großen Rede in Münster herausgestellt hat, sind inzwischen Gemeingut aller vernünftigen Deutschen geworden. Nach dem von Kaas entwickelten Gesichtspunkten, unter denen ja die Notwendigkeit einer Konsolidierung unserer innerpolitischen Verhältnisse an erster Stelle stand, konnten wir uns etwas positiver zum Kabinett von Schleicher stellen, als es uns bei einer Wiederkehr des Kabinetts von Papen möglich gewesen wäre.

In der inneren Politik spielt sodann die Preußenfrage noch eine besondere Rolle. Die Auffassungen darüber gingen in der Zentrumspartei nicht ganz konform. Die einen glaubten, durch Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung in Preußen werde man auch Günstiges für die Reichspolitik erzielen können. Die anderen sagten, solange im Reiche hinsichtlich der Nationalsozialisten keine Klarheit im positiven Sinne geschaffen sei, werde auch Preußen nicht gedient sein. Nach der Ansicht des Referenten hat die letztere Richtung die Situation richtiger gesehen.

Zum Schluß gab Dr. Fonk eine Uebersicht über die Anträge, die vom Zentrum zur Wirtschaftspolitik im Reichstag eingebracht worden sind. Er erwähnte den Antrag, der auf eine Vereinfachung der sozialen Einrichtungen hinzielt, ferner die Einflußnahme des Zentrums in der Richtung, daß Unterschreitungen der Tarife nicht zugelassen werden dürften, eine Einflußnahme, die jetzt zu entscheidenden Anordnungen geführt hat; weiter einen Antrag, der die Einrichtung von Schlichtungsstellen in Tarifverträgen fordert, in denen solche bisher nicht vorgeschrieben waren. Er erwähnte ferner, daß auf Einwirkung des Zentrums an die Finanzämter Anweisung ergangen ist, darauf zu achten, daß mit den Steuergutscheinen kein Mißbrauch getrieben werde. Das Zentrum hat auch einen Antrag zu der Kontingentfrage eingebracht in dem Sinne, daß der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion gedient und die Methode bei den von der Regierung von Papen geführten Verhandlungen um die Kontingente verurteilt wird. Endlich erwähnte der Referent noch Anträge, die sich mit der Zinsfrage beschäftigen. Er kam in diesem Zusammenhang darauf zu sprechen, daß sich beim letzten Wahlkampf eine Kampfstimmung gegen die hohen Zinssätze kund tat. Aber die Frage der Zinssenkung sei nicht so einfach, wie es vielen Leuten scheine. Wenn etwas gemacht werden könnte, so sei es nur, daß der Bankenkommissar inbezug auf die Nebenkosten bei den Bankkrediten etwas mehr als bisher unternähme.

Das Referat fand starken Beifall. Es schloß sich eine ausgedehnte

Aussprache

an, in der u. a. das Wort ergriffen der Vorsitzende der Westfälischen Zentrumspartei Fabrikant Raestrup, die Landtagsabgeordneten Stahmer, Gronowski und Baumhoff (der sich über die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten wegen der Wahl des preußischen Ministerpräsident äußerte), ferner Reichstagsabgeordneter Prälat Dr. Schreiber (der sich sehr eingehend und instruktiv über die politische Lage, über den Uebergang der Führung bei der Linken auf die K. P. D., über die Gefahren der Privatwirtschaft vom autoritären Staate her, über die Haltung der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen, über die Situation des Zentrums in einem neuen Wahlkampf und andere Fragen verbreitete), und Direktor Habich. Auch Regierungspräsident Dr. Pünder nahm das Wort. Er ging insbesondere auf die Bestrebungen ein, die auf die Stillegung der Zeche Sachsen hinzielen. Er wies darauf hin, daß es ein Unsinn sei, auf der einen Seite neue Arbeit beschaffen und auf der andern Seite es zulassen zu wollen, daß eine der modernsten Gruben des Ruhrreviers mit vielen neuen Arbeiterhäusern stillgelegt werde, weil ein Industrieller gegenwärtig Geld nötig habe. Wenn das alles, was in Heeßen angelegt sei, aus diesem Grunde vor die Hunde gehen solle, dann könne man auf die Privatwirtschaft pfeifen.

Die Zeche Sachsen sei ein typisches Beispiel dafür, wie Arbeit erhalten werden könne. Arbeit zu erhalten aber sei denn doch wichtiger als utopischen Arbeitsbeschaffungsplänen nachzugehen.

Es sei zu hoffen, daß es gelingen werde, die Stillegung der Zeche zu verhindern.

In seinem

Schlußwort

ging Dr. Fonk auf die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen ein. Darin war u. a. das Problem einer europäischen Währung besprochen worden. Fonk wies darauf hin, daß die Währung eines Landes der Ausdruck des Vertrauens in seinen gesamten produktiven Kräften sei. Diese Verhältnisse lägen in den verschiedenen Ländern vollkommen verschieden. Die produktiven Kräfte Englands würden anders beurteilt als beispielsweise die Griechenlands. Da eine einheitliche Währung zu machen, wäre ein Widerspruch in sich. Möglich wäre es, wenn die Länder die Verhältnisse ihrer Währung wie in der Vorkriegszeit gegeneinander abstimmten, dann wären die Fehlerquellen von heute verstopft.

Bezüglich der Subventionen, über die man ebenfalls in der Diskussion gesprochen hatte, meinte Dr. Fonk, ob man etwa hätte verantworten können, die größten deutschen Schiffahrtsgesellschaften, Hapag und Lloyd, zusammenbrechen zu lassen? Alle Länder subventionieren ihre Schiffahrt. Meistens geschieht es auf dem Wege über die Post, indem die Post den Schiffahrtsgesellschaften für die Mitnahme von Paketen, Briefen usw. höhere Beträge zahlt, als sie selbst Gebühren einnimmt. Ohne Subventionen hätten Hapag und Lloyd den Bankrott anmelden müssen, oder sie wären in ausländische Hände übergegangen. Hätte Brüning, so fragte Dr. Fonk weiter, es verantworten können, daß die Danatbank den Bankrott erklärte? Da handelte es sich, als das Reich eingriff, nicht um Jacob Goldschmidt, sondern um Zehntausende mittelständlerischer Existenzen, die vor dem Zusammenbruch bewahrt werden mußten. Man kann also nicht ohne weiteres jede Subvention verurteilen.

Auch auf den 25 Millionen-Kredit, den die Karstadt A.-G. von der Akzeptbank bekommen hat, ging Dr. Fonk noch ein, um eine diesbezügliche Frage zu beantworten. Die Akzeptbank, die von der Reichsbank und den Privatbanken gegründet worden ist, hat zunächst den Sparkassen und Banken gegenüber ihre Aufgabe erfüllt. Danach leiht sie ihre Hilfe auch der Privatwirtschaft. Daß sie Karstadt beigesprungen sei, dafür sei maßgebend gewesen, daß es sich dabei einerseits zugleich um das Schicksal von 22 000 Angestellten gehandelt habe, andererseits um zu verhüten, daß bei einem Konkurs der auf 184 Millionen Mark sich belaufende Wert der Grundstücke Karstadts einen unheilvollen Druck auf dem Grundstücksmarkt ausgeübt haben würde. Für den Kredit, an dem das Reich nicht mitgewirkt habe und bei dem auch keine Reichsgelder in Frage kämen, seien selbstverständlich Sicherheiten gegeben worden.

Endlich unterstrich Dr. Fonk sehr stark die Ausführungen des Regierungspräsidenten Dr. Pünder, indem er betonte, daß die schönsten Arbeitsbeschaffungspläne nichts nützten, wenn man zuließe, daß Werke, die im Gang seien, aus einem Grunde, wie es bei der Zeche Sachsen vorliege, stillgelegt würden.

Die neue Winterhilfe.

Rund 35 Millionen sind nötig.

)(**Berlin, 21. Dezember.**

Amtlich wird mitgeteilt: „Die öffentliche Winterhilfe, welche die Reichsregierung am 21. Dezember beschlossen hat, erweitert die bisherige in der Zeitdauer, der Art und dem Umfang der Leistungen und im Personenkreis. Sie wird für die drei Monate Januar bis März gewährt, verbilligt den Erwerb von Lebensmitteln und Brennstoffen. Vor allem aber dehnt sie den Personenkreis erheblich aus.

Bei den Lebensmitteln besteht die Grundleistung in der Verbilligung des Erwerbs von monatlich vier Pfund frischem Rind- oder Schweinefleisch oder von Rückenfett und Lieſen oder frischer Wurst um 30 Pfg. beim Pfund. Familien mit vier und mehr Zuschlagsempfängern können zwei Verbilligungsscheine erhalten und auf den zweiten Verbilligungsschein wahlweise auch Milch beziehen. Familien mit drei Zuschlagsempfängern können ebenfalls einen zweiten Verbilligungsschein erhalten, wenn von den Zuschlagsempfängern mindestens zwei über 16 Jahre alt sind. Je einmal im Monat kann der bedachte Haushalt nach seinen besonderen Bedürfnissen anstelle des Fleisches oder der Wurst auch Schweineschmalz, frischen Seefisch oder Roggenbrot wählen. Schmalz und Brot als Gegenstand der Winterhilfe wird den Hilfsbedürftigen ohne eigenen Haushalt und der verbilligte Bezug von Milch kinderreichen Familien besonders erwünscht sein.

Bei den Brennstoffen wird der Erwerb von zwei Zentnern Kohle im Monat um 30 Pfg. beim Zentner verbilligt. Für Steinkohle, Braunkohlenbriketts oder Koks kann je nach den örtlichen Verhältnissen auch Torf oder Holz gewährt werden.

Nach der bisherigen Regelung wurde die öffentliche Winterhilfe nur Unterstützungsempfängern gewährt, die Familienzuschläge erhielten bezw. einen eigenen Haushalt führten. Die neue Regelung dagegen umfaßt alle Hauptunterstützten in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung und in der öffentlichen Fürsorge sowie bedürftige Empfänger von Zusatzrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz. Die Führung eines eigenen Haushalts wird nur für die Verbilligung von Brennstoff vorausgesetzt.

Ausgabestellen für die Verbilligungsscheine sind wie bisher für die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Arbeitsämter, für alle übrigen die Dienststellen der öffentlichen Fürsorge. Bezugsstellen für die verbilligten Waren sind alle Verkaufsstellen, die die betreffenden Waren führen und sich bereit erklären, den Verbilligungsschein in Zahlung zu nehmen und den sonst gegebenen Vorschriften zu entsprechen.

Die für die neue Winterhilfe notwendigen Mittel — rund 35 Millionen RM — werden von der Reichskasse aufgebracht.

Außerdem werden am Notwerk der deutschen Jugend besondere Mittel für die gemeinsame Verpflegung von jugendlichen Arbeitslosen zur Verfügung gestellt." (Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß hierfür 9—10 Millionen nötig sind.)

Die Winterhilfeaktion wird in unterrichteten Kreisen als eine Nothilfemaßnahme angesehen, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden dürfe. Im Vergleich zu ähnlichen Maßnahmen anderer Länder kann festgestellt werden, daß Deutschland allen anderen weit voraus ist, und weit mehr leistet als alle anderen Staaten. Die Schwierigkeiten für die Winterhilfe werden dadurch gesteigert, daß die Zahl der Arbeitslosen erheblich zugenommen hat. Für diese neuen Unterstützungsempfänger müssen nun nicht nur die erforderlichen Mittel der Arbeitslosenversicherung bereitgestellt werden, sondern sie müssen auch für die Winterhilfsaktion berücksichtigt werden.

★

500 Millionen Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung.

= **Berlin, 21. Dezember.**

Das Reichskabinett befaßte sich nach der Verabschiedung des Winterhilfsprogramms in seiner Mittwochsitzung weiterhin mit Fragen der Arbeitsbeschaffung und mit allgemeinen handelspolitischen und wirtschaftlichen Fragen. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist über ein Sofortprogramm für die Arbeitsbeschaffung in voraufgegangenen Besprechungen zwischen dem Finanzminister von Krosigk, dem Wirtschaftsminister Warmbold, dem Arbeitsbeschaffungskommissar Gereke und dem Reichsbankpräsidenten Luther eine völlige Einigung erzielt worden, und zwar dergestalt, daß für dieses Sofortprogramm 500 Millionen bereitgestellt werden sollen. Diese Einigung wurde vom Reichskabinett bestätigt. Ueber die Einzelheiten des Programms und seine Finanzierung wird sich der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung am morgigen Donnerstag ausführlicher vor der Oeffentlichkeit äußern und am Freitagabend im Rundfunk verbreiten. Nach diesem Programm werden, wie verlautet, die öffentlichen Körperschaften günstiger gestellt sein, als das in den früheren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Fall war.

★

Die Wirtschaftspolitik vor dem Reichskabinett.

= **Berlin, 21. Dezember.**

Ueber die dem Reichskabinett zur Beratung vorgelegenen und zum Teil noch vorliegenden grundsätzlichen Fragen der Wirtschafts- und Handelspolitik erfährt die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite noch folgende Einzelheiten:

Es handelt sich um die ersten Maßnahmen auf Grund der Einigung zwischen den Ministern Warmbold und Braun gelegenthich der Kabinettsbildung. Reichskanzler v. Schleicher hatte in seiner Rundfunkrede die grundsätzliche Klärung der Agrarfrage noch vor Weihnachten in Aussicht gestellt. Handelspolitisch dürften die Verhandlungen mit Frankreich und die Entscheidungen nach Ablauf der Verträge mit Holland, Schweden und Südslawien im Vordergrund stehen. Während Holland gegenüber mit dem 1. Januar die Tarifabreden fortfallen und nur noch die reine gegenseitige Meistbegünstigung bestehen bleibt, sollen bei den anderen Verträgen die wesentlichen landwirtschaftlichen Bindungen im Interesse der Veredelungswirtschaft, des Gartenbaues und der Forstwirtschaft beseitigt bezw. nicht wieder erneuert werden. Für diese Erzeugnisse soll eine autonome Neuregelung der Zölle bei gleichzeitiger Festsetzung von Zwischenkontingenten zur Verhinderung von Voreinfuhren erfolgen. Im Zusammenhang damit kommt die Aenderung anderer autonomer Zölle in Betracht, um zu verhindern, daß statt der kontingentierten Erzeugnisse eine Ersatzeinfuhr angeregt wird. Da mit den genannten Handelsverträgen noch nicht alle in Betracht kommenden Bindungen erfaßt sind, ist auch die Klärung des Vorgehens in diesen Fällen erforderlich. Auch hier kommen vorläufige Kontingentierungen in Betracht, soweit nicht mit einem schnellen befriedigenden Abschluß von Verhandlungen gerechnet werden kann.

Nebenher gehen innere Maßnahmen, so außer der Klärung der Frage des Vollstreckungsschutzes, vor allem die Neuregelung der Fettwirtschaft, die mit dem Fortfall der schwedischen Zollbindung für Speck und Schmalz am 15. Februar möglich wird. Der Zweck ist die größere Heranziehung der einheimischen Fettherstellung für die Bedarfsdeckung, etwa nach dem Muster Amerikas und Hollands. Im Mittelpunkt steht der Zwang zur Beimischung einheimischer Fette, vor allem Butter zur Margarineerzeugung, wahrscheinlich bei gleichzeitiger Kontingentierung der Margarinefabrikation. Man ist der Ansicht, daß die Margarinefabriken wegen der Beimischung der hochwertigen deutschen Fette auf die billigsten ausländischen Rohstoffe zurückgreifen und auf die bisher eingeführten höherwertigen ausländischen Rohstoffe verzichten können, so daß eine wesentliche Verteuerung der Margarine nicht befürchtet zu werden brauche. Außerdem soll Vorsorge getroffen werden, daß für die minderbemittelten Schichten überhaupt jede Verteuerung der Margarine ausgeschaltet werden kann. Diese Neuordnung der Fettwirtschaft soll zusammen mit den handelspolitischen Maßnahmen zur Erleichterung der trostlosen Verhältnisse der bäuerlichen Veredelungswirtschaft beitragen. Die Reichsregierung geht dabei von der Erkenntnis aus, daß auch die im größten Maßstabe gewünschte bäuerliche Siedlung hoffnungslos sein müßte, wenn nicht die Rentabilität der bäuerlichen Wirtschaft wiederhergestellt wird.

Da diese Maßnahmen als erster Teil des neuen Wirtschaftsprogramms auf die unter Mtiwirkung des Reichskanzlers erreichte Einigung zwischen Warmbold und Braun zurückzuführen sind, kommt im Kabinett im wesentlichen nur noch die Klärung der technischen Einzelheiten in Frage. Angesichts der umfassenden Bedeutung aller dieser handelspolitisch und innenwirtschaftlich gleich schwierigen Fragen ist nicht damit zu rechnen, daß die Ergebnisse der Beratung alsbald in allen Einzelheiten bekannt gegeben werden.

★

Eine Zusatzvereinbarung zum deutsch-französischen Handelsabkommen.

÷ **Berlin, 21. Dezember.**

Amtlich wird mitgeteilt: Die am 21. November in Berlin eingeleiteten Verhandlungen zur Ueberprüfung des deutsch-französischen Handelsabkommens vom 17. August 1927 sind heute (Mittwoch) zum Abschluß gelangt. Sie haben zu Paraphierung einer Zusatzvereinbarung geführt, die unverzüglich den beiderseitigen Regierungen zur Genehmigung und Unterzeichnung vorgelegt werden wird. Für die vorläufige Anwendung der Zusatzvereinbarung ist der 1. Februar 1933 in Aussicht genommen. Gleichzeitig werden in Berlin Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens zur Regelung von Zahlungen aus dem Warenverkehr sowie über Erleichterungen für den Reiseverkehr geführt.

Was geht in Rußland vor?

Aufsehenerregende politische Verhaftungen.

= **Berlin, 21. Dezember.**

Das im Ausland in russischer Sprache erscheinende Trotzkistische Oppositionsblatt „Bulletin der bolschewistischen Lenin-Opposition" meldet, es habe auf Grund seiner geheimen Verbindungen mit Sowjetrußland von dort Nachrichten erhalten, nach denen auf Veranlassung Stalins der Volkskommissar für Ernährung Groß-Rußlands, Aismont, der Leiter des Kraftfahrwesens in der Sowjetunion, Tolmaschew, der gewesene Volkskommissar für Landwirtschaft, Smirnow, und andere verhaftet wurden. Alle Verhafteten werden beschuldigt, versucht zu haben, Stalin zu stürzen und schleunigst einen neuen Kongreß der Kommunistischen Partei einzuberufen. Rykow, der ehemalige Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, und Tomski, der gewesene Führer der russischen Gewerkschaften, sollen von dem Bestehen dieser Gruppe gewußt haben.

Ferner soll eine weitere oppositionelle Gruppe aufgedeckt worden sein, die unter der Leitung Romschenkos und Ginsburgs gestanden und ebenfalls die Aufgabe gehabt habe, Stalin politisch zu beseitigen.

Weiter soll nach diesen Nachrichten der ehemalige russische Botschafter in Rom und ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Kamenew, nach Minusinsk (Jenissei) und der ehemalige Vorsitzende der Komintern, Sinowjew, nach Kustanai (Kirgisen-Gebiet) verbannt worden sein. Der Mitarbeiter des Polit-Bureaus der Kommunistischen Partei, Sten, soll nach Akmolinsk verbannt worden sein, der Sekretär der Moskauer Parteiorganisation, Rustin, im Gefängnis von Tscheljabinsk sitzen.

Eine Bestätigung dieser Berichte aus einwandfreien Quellen liegt nicht vor, sodaß die Verantwortung für die Meldung dem Trotzkistischen Blatt überlassen bleiben muß.

★

Noch weniger Lebensmittel.

Moskau, 20. Dezember.

Ueber das Problem der Ernährung der Bevölkerung sind heute zwei Verordnungen erlassen worden, die von Stalin und von dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Molotoff, unterzeichnet sind. Die erste Verordnung, die die Ablieferung von Milch und Milchprodukten von Einzelbauern und Kollektivwirtschaften an den Staat regelt, ist deswegen grundsätzlich bedeutend, weil damit ausdrücklich das bisherige System der vertraglichen Vereinbarungen aufgehoben und durch amtlich festgelegte Normen ersetzt wird, die nach Gebieten verschieden sind. Diese Normen bestehen darin, daß jährlich gegen vom Staat festgesetzte Preise bestimmte Quanten von Milch und Milchprodukten abzuliefern sind, die pro Kuh festgelegt sind. Dabei müssen von Einzelbauern durchschnittlich 25 v. H. höhere Mengen geliefert werden als von den Kollektiven.

Diese Milch-Verordnung ist eine Fortsetzung des durch eine Fleisch-Verordnung eingeleiteten schärferen zwangswirtschaftlichen Kurses. Die Verpflegung der Städte und der Industriezentren soll wieder mehr auf der Naturalabgabe, „Prodnalog", der Bauern basieren, wie es bereits in den Anfängen des Sowjetkommunismus der Fall gewesen war. Ob dieser neue Kurs es mit sich bringen wird, daß künftig auch das Getreide vom „Prodnalog" erfaßt wird, muß die Zukunft lehren.

Bei der zweiten heute veröffentlichten Verordnung handelt es sich um eine Durchführungsbestimmung zum Dekret vom 4. Dezember v. J., durch das das System der Lebensmittelkarten abgeändert und die Verteilung der Lebensmittel den Fabrikleitungen übertragen wurde. Diese Maßnahme hat den Zweck, eine straffere Arbeitsdisziplin zu erzwingen. Mit der heutigen Durchführungsverordnung werden Einzelfragen dieser Umstellung geregelt.

Die heutige Publikation warnt ausdrücklich vor der Annahme, daß die Verpflegungskontingente vergrößert würden. Vielmehr sei es geboten, diese Kontingente einzuschränken und alle Personen unweigerlich aus den Bezugslisten der Fabrik-Konsumläden zu streichen, die nicht dem Betriebe angehören.

Die Fernsprech-Grundgebühr.

Zentrumsantrag auf Ermäßigung.

◎ **Berlin, 21. Dezember.**

Im Preußischen Landtag hat die Zentrumsfraktion einen Antrag eingebracht, worin das Staatsministerium ersucht wird, einzuwirken, daß die Fernsprechgrundgebühr abgeschafft, und wenn dies nicht möglich sein sollte, wesentlich ermäßigt wird. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Telephongrundgebühr für die Fernsprechteilnehmer, die nur bis zu 75 Gesprächen im Monat führen, eine Verdoppelung der einzelnen Gesprächsgebühren bedeute.

★

Brandkatastrophe in Chicago.

● **Chicago, 21. Dezember.**

Infolge einer Explosion brach heute in einem Mietshaus ein Brand aus, von dem man befürchtet, daß er zahlreiche Todesopfer gefordert hat. Eine Leiche wurde bereits geborgen. Mehrere Personen erlitten durch Sprünge aus den Fenstern des zweiten und dritten Stockes Verletzungen. 16 Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Zwei kleine Kinder konnten dadurch gerettet werden, daß sie von ihren Eltern aus dem zweiten Stock in die Arme auf der Straße stehender Personen geworfen wurden.

Blutiger Kampf zweier Familien.

!! **Paris, 20. Dezember.**

In Mas de Buffet bei Toulouse kam es am Sonntag zwischen einer spanischen und einer portugiesischen Familie zu einer wahren Schlacht, die zwei Tote und drei Schwerverletzte forderte. Im Anschluß an Streitigkeiten der Kinder der beiden Familien gerieten die Eltern zunächst in einen heftigen Wortwechsel und gingen dann mit Messern aufeinander los. Auf portugiesischer Seite wurden der Vater und die Mutter durch Messerstiche getötet, während auf spanischer Seite der Vater, der Sohn und eine 16jährige Tochter schwere Verletzungen davontrugen und in ein Krankenhaus überführt werden mußten.

★

Wilhelm II. leicht erkrankt.

() **Amsterdam, 21. Dez.** Wie aus Doorn gemeldet wird, ist der ehemalige Kaiser an einer leichten Erkältung erkrankt, in deren Gefolge sich rheumatische Anfälle eingestellt haben. Der Leibarzt hat empfohlen, das Zimmer zu hüten.

Selbstmordversuch des Sohnes Oskar Strauß.

)(**Monte Carlo, 21. Dez.** Erwin Strauß, ein Sohn des Wiener Komponisten Oskar Strauß, hat in einem Hotel in Monte Carlo einen Selbstmordversuch begangen, indem er den ganzen Inhalt eines Fläschchens mit einem starken Schlafmittel zu sich nahm. Sein Zustand wird von den Aerzten als sehr ernst bezeichnet.

Unser Preisausschreiben.

Wegen der alle Erwartungen übersteigenden großen Anzahl Einsendungen (über 4500) war es uns trotz angestrengtester Arbeit nicht möglich, das Ergebnis so zeitig festzustellen, daß es in der heutigen Nummer unserer Zeitung veröffentlicht werden konnte.
Wir bitten deshalb um einen Tag Geduld. In der Freitagsnummer werden wir die Namen der Gewinner bestimmt bekanntgeben.

Verlag des Bocholter Volksblattes.

Aus der Heimat.

Guter Obstmarkt.

= **Bocholt, 22. Dezember.**

Gestern begann im Hotel „Bürgerkrug" der Weihnachtsobstmarkt. Wie im Oktober boten auch dieses Mal die ausgestellten Waren den Beschauern einen herrlichen Anblick. Schon früh setzte ein lebhafter Verkauf ein, so daß gegen Abend der größte Teil des Obstes seinen Abnehmer gefunden hatte. Wer seinen Bedarf für den Weihnachtstisch noch decken will, dem wird heute (Donnerstag) morgen hierzu noch Gelegenheit geboten. Die Preise sind der heutigen Notlage entsprechend festgelegt. Außerdem sind neben den 20 Pfund-Packungen auch noch solche zu je 5 Pfund zu haben, die für den nicht sehr kapitalkräftigen Käufer besonders hergerichtet sind. Wer also noch einwandfreies deutsches Obst kaufen will, der komme noch heute zum Weihnachtsobstmarkt im Hotel „Bürgerkrug". Der Besuch lohnt sich auf jeden Fall.

Diebstähle am laufenden Band.

§ **Bocholt, 22. Dezember.**

In der Nacht zum Mittwoch wurde in der Filiale der Konsumgenossenschaft „Eintracht" an der Sachsenstraße ein Einbruchsdiebstahl verübt. Der oder die Diebe gelangten nach Zertrümmerung eines Kellerfensters vom Höyng-Esch aus in den Keller, wo sie Käse, Speck, Margarine und Pflanzenfett im Gesamtwert von etwa 30 bis 35 Mark stahlen. Vermutlich haben sie auch einen guten Trunk getan; denn als man am andern Morgen in den Keller kam, mußte man die Feststellung machen, daß ein 10 Liter-Fäßchen Süßwein (Malaga) ausgelaufen war. Offenbar hatte der Wein eine so gute Wirkung, daß man vergaß, das Spundloch zu schließen.

In der nämlichen Nacht wurde in dem Lebensmittelgeschäft Blumberg an der Nordstraße eingebrochen. Der Dieb stieg von der Hofseite aus, nachdem er ein Fenster eingedrückt hatte, in den Laden, aus dem er etwa 10 Pfund Kaffee entwendete.

In einem Keller erbeuteten die Diebe eine elektrische Fahrradlampe. Auch verschiedene Kohlendiebstähle wurden wieder gemeldet. Ein Kohlendieb konnte ermittelt werden.

Achtung, Landwirte!

Ausstellung von Pferdekarten für 1933.

d. **Bocholt, 22. Dezember.**

Die für das Kalenderjahr 1931 s. Zt. ausgestellten Pferdekarten, die auch für das Kalenderjahr 1932 Geltung hatten, verlieren mit Ablauf des 31. 12. 1932 ihre Gültigkeit. Vordrucke für die Anträge auf Ausstellung der Pferdekarten für 1933 werden unentgeltlich von den Zollaufsichtsstellen abgegeben. Beamte der Zollaufsichtsstellen prüfen die Angaben in den Anträgen über die Kennzeichnung der Pferde auf ihre Richtigkeit und leiten alsdann die Anträge weiter an das Hauptzollamt. Vom Hauptzollamt werden die Pferdekarten den Antragstellern als portopflichtige Dienstsachen, je nach Schwere des Briefes 12 bezw. 25 Pfg. Porto, zugesandt. Noch besonders wird darauf hingewiesen, daß der amtliche Pferdebrand das einfachste Mittel für den Landwirt ist, die Befreiung der Pferde von der Transportscheinkontrolle zu erreichen. Als amtliche Brandzeichen werden auch die Brandzeichen des Westfälischen Pferdestammbuches E. V. Münster anerkannt.

Hamstergeld und Fluchtkapitalien kehren zurück.

= **Bocholt, 21. Dezember.**

Seit mehr als Jahresfrist mußte in Deutschland der Kampf gegen das Geldhamstern geführt werden. Diesem Kampf war ein erfreulicher Erfolg beschieden, denn in den letzten Wochen und Monaten sind, wie eine Reihe von Anzeichen erkennen lassen, die gehorteten Geldbeträge zu einem erheblichen Teil wieder in den Verkehr geflossen. Darauf läßt die günstige Entwicklung der Spareinlagen bei den Sparkassen, aber auch die Bewegung am Rentenmarkt schließen. Auch das in das Ausland geflüchtete inländische Kapital hat Heimweh bekommen. Die Betroffenen haben gemerkt, daß Kapitalflucht nicht nur ein schlechtes Geschäft ist, sondern daß die Vorstellung von der Sicherheit des Geldes im Ausland sehr übertrieben und durchaus nicht immer zutreffend waren.

Der Rückfluß von Hamstergeld und die Rückkehr der Fluchtkapitalien ist eine wichtige Voraussetzung für die Ueberwindung der Krise. Die Wirtschaftsbelebung kann nur langsam einsetzen, und das ist gut so; denn je zu stark und künstlich geförderte Belebung würde leicht die Gefahr einer Uebertreibung und Ueberspannung und damit die Keime einer neuen krisenhaften Entwicklung in sich bergen. Die Bereitstellung bereits vorhandener, aber bisher in Strümpfen und Kisten zurückgehaltener Kapitalien für die Kreditgewährung an die Wirtschaft ermöglicht die Finanzierung einer gesunden Arbeitsbeschaffung. Gegen alle Projekte, die auf eine künstliche Kreditschöpfung hinauslaufen, werden mit Recht schwerwiegende Bedenken erhoben. Der normale und auch ergiebige Weg geht über die Sparinstitute. Einen Beweis dafür, wie stark jetzt die früher häufig verkannte Bedeutung des Sparens und der Sparer für die Wirtschaft in der Oeffentlichkeit gewürdigt wird, liefert die vor kurzem erfolgte Gründung des „Volksbundes zum Schutz ersparten Vermögens". Diese Front der Sparer hat alsbald ein starkes u. gutes Echo gefunden. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat die Arbeit des Volksbundes als eine große soziale und wirtschaftliche Aufgabe bezeichnet, die sowohl im Interesse der vielen Millionen Sparer als auch zum Schutz des wirtschaftlich und sittlich so wichtigen Sparsinns und zur Förderung der unentbehrlichen nationalen Kapitalbildung gepflegt werden muß. Durch diesen Zusammenschluß, den die berufenen Sparinstitute nach Kräften fördern, wird die Macht der Sparer gestärkt und damit ein weiterer wichtiger Faktor für die Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse geschaffen.

Verein für Heimatpflege.

= **Bocholt, 22. Dezember.**

Zu Weihnachten weisen wir unsere Freunde und Mitglieder nochmals auf das gute westfälische Buch hin. Gerade die Heimatbücher erwecken immer lebhafteste Freude und bringen echten Heimatsinn in die Familie; wir weisen hin auf die Werke Wibbelts und Wagenfelds, auf die „Westfälisch. Lebensbilder", auf das Buch von Theodor Pröpper „Im Schritt des Jahres", auf den Band Bocholt der Bau- und Kunstdenkmäler Westfalens; auch die Westfälischen Volkslieder von Johannes Haßfeld und der gerade fertiggestellte Band Münster der Bau- und Kunstdenkmäler Westfalens.

Daneben sollte man die heimischen Künstler durch Kauf ihrer Holzschnitte, Radierungen, Plastiken, Bildhauereien und Keramiken unterstützen.

An unsere Landsleute im Ausland und auch an die Westfalenvereine im Reich schicke man alte und neue Heimatkalender; mit ihnen kann man ungeahnte Weihnachtsfreuden verbreiten.

Die Weihnachts- und Neujahrsgrüße übersendet der Westfale hinfort nur noch auf den Westfalenkarten; seit dem 15. Dezember sind sie in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Im kommenden Jahre erscheinen ganze Serien Bildkarten mit Köpfen oder Autogrammen hervorragender Westfalen.

Die alte Sitte des Adventskranzes, des gemeinsamen Krippenbaues in der Familie und das Dreikönigssingen bringen wir wieder in Erinnerung.

Zu guter Letzt allen Heimatfreunden ein fröhliches Weihnachtsfest.

Wichtig für Gastwirte!

Wenn man seine Steuern nicht zahlt ...

Eine interessante Entscheidung des Bezirksausschusses.

= **Bocholt, 22. Dezember.**

Daß es heutzutage dem Gastwirtsgewerbe nicht allzu rosig geht, ist nur zu bekannt. Die Gründe hierfür brauchen wir nicht weiter aufzuführen, da sie sich aus der wirtschaftlichen Not unserer Tage von selbst ergeben. Es ist gewiß begreiflich, wenn angesichts des geringen Einkommens, das heute gar mancher Gastwirt zu verzeichnen hat, hin und wieder ein Gastwirt mit der Entrichtung der Bier-, Getränke- und Vergnügungssteuern im Rückstand bleibt.

Auch in Bocholt soll das der Fall sein,

was angesichts der wirtschaftlichen Lage unserer Stadt nicht besonders verwunderlich ist. Das Nichtabführen der genannten Steuern, zumal wenn es sich um Jahre handelt, kann allerdings sehr böse Folgen haben. Es kann nämlich in solchen Fällen wegen steuerlicher Unzuverlässigkeit die Erlaubnis zum Betrieb der Schenkwirtschaft entzogen werden. Das ist z. B. in Castrop-Rauxel geschehen. Gegen das betreffende Urteil des Stadtausschusses hatte man Berufung eingelegt, die jedoch vom Bezirksausschuß Arnsberg als der Berufungsinstanz verworfen wurde. Da, wie erwähnt, auch in Bocholt dem einen oder andern Gastwirt unter Umständen die Konzessionsentziehung droht, ist es vielleicht nicht unangebracht, hier die Entscheidungsgründe des Bezirksausschusses Arnsberg für die Verwerfung der Berufung zu veröffentlichen. Es heißt da u. a.:

„Der Bezirksausschuß steht in Uebereinstimmung mit der Vorinstanz auf dem Standpunkt, daß nicht die von dem Beklagten vorgebrachten Entschuldigungsgründe, sondern ein böser Wille die Hauptursache ist, daß so hohe Steuerrückstände entstanden sind. Das wird besonders daraus entnommen, daß sich der Beklagte schon kurz nach der Erteilung der Erlaubnis durch Uebertragung seines Vermögens an Dritte unpfändbar gemacht und es dadurch seinen Gläubigern und insbesondere der Steuerbehörde unmöglich gemacht hat, sich aus seinem Vermögen zu befriedigen. Aber auch dem Zugriff aus seinen Einnahmen hat sich der Beklagte geschickt zu entziehen gewußt, da er diese in erster Linie zur Zahlung seiner Miete verwandt hat. Durch diese Zahlung, die nach dem Abkommen mit der Brauerei, von der er die Wirtschaft gepachtet hat, in Form eines Zuschlages zu jedem Hektoliter Bier zu zahlen war und die der Beklagte stets pünktlich geleistet hat, hat er es erreicht, daß er noch ungefähr drei Jahre nach Leistung des Offenbarungseides sein Gewerbe als Wirt zum Schaden der Steuerbehörde auf Kosten der Allgemeinheit ausüben konnte. Es kommt hinzu, daß er durch Unterbieten der Preise anderer Wirte den Besuch seiner Wirtschaft und damit auch den gesamten Umsatz künstlich gehoben hat, ohne doch die hieraus erwachsenen höheren Einnahmen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen der Steuerbehörde gegenüber zu verwenden.

Daß der Beklagte es nicht einmal für nötig gefunden hat, die Steuer für die Erteilung der Erlaubnis für seine Schenkwirtschaft zu zahlen und daß er von der im Laufe der Zeit auf 4020 Mark aufgelaufenen Biersteuer nur einmal einen Betrag von 76 Mark gezahlt hat, obwohl er diese Steuer gewissermaßen nur zu treuen Händen für die Steuerbehörde einzuziehen hatte, ist ein weiteres Zeichen dafür, daß er sich in seiner durch die Leistung des Offenbarungseides geschaffenen juristischen Stellung gesichert glaubte und es an dem gutem Willen fehlen ließ, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Seine unzuverlässige Charaktereinstellung offenbarte sich auch darin, daß er trotz wiederholter Mahnungen und Beitreibungsversuche nicht einmal den ernsten Versuch unternommen hat, seine Steuerschuld zu begleichen und es nicht für nötig gehalten hat, der Steuerbehörde durch ein Schreiben den Grund seiner Säumigkeit darzulegen. Ein Wirt, der sich in dieser hartnäckigen und unverantwortlichen Weise jahrelang seinen steuerlichen Verpflichtungen entzieht, indem er die von ihm als Treuhänder der Steuerbehörde eingezogenen Steuern zur Verbesserung seiner Lebenshaltung verwendet, kann nicht als geeignet zur weiteren Führung einer Schankwirtschaft angesehen werden. Sein Verhalten läßt den Schluß zu, daß er weder die besondere Zuverlässigkeit, die gerade von einem Wirt verlangt werden muß, noch die sittliche Festigkeit besitzt, den zahlreichen Versuchungen, die bei der Führung seines Gewerbes an ihn herantreten, erfolgreich zu widerstehen. Daß dieser Schluß gerechtfertigt ist, beweisen die vielen einschlägigen Strafen, die der Beklagte während der kurzen Zeit seiner Wirtschaftsführung erhalten hat. — Der Stadtausschuß Castrop-Rauxel hat daher mit Recht dem Beklagten die Erlaubnis zur weiteren Ausübung der Schankwirtschaft in Castrop-Rauxel entzogen."

Senkt die bäuerlichen Unkosten!

Bauernbundversammlung in Spork.

Syndikus Strack sprach über Tagesfragen.

§ **Spork, 22. Dezember.**

Gestern fand in der Restauration „Zum Heideseld" eine Versammlung der Ortsgruppe Spork—Holtwick des Westfälischen Bauernbundes statt. Nach einigen Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Herrn Isling, hielt Syndikus Strack aus Burgsteinfurt ein sehr aufschlußreiches Referat über wichtige Tagesfragen. Einleitend betonte der Redner, daß es heute nicht um Klein und Groß in der Landwirtschaft gehe. Wenn es heute dem westdeutschen Bauerntum wirtschaftlich schlecht gehe, so sei das zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß das westdeutsche Bauerntum seine richtige Vertretung noch nicht gefunden oder nicht zu gestalten gesucht oder gewußt habe.

Die Grüne Front sei seit ihrer Gründung im Jahre 1928 bestrebt gewesen, die Landwirtschaft gegenüber der Industriebevölkerung besser zu vertreten. Sie habe in den letzten Jahren die Agrarpolitik bestimmt und eine einseitige Unterstützung des Ostens erreicht. Vor allem habe sie sich darauf beschränkt, die Rentabilität der Großgetreidewirtschaft des Ostens zu erhalten. Sei doch durch die Osthilfe etwa eine Milliarde Mark für Betriebe, die überhaupt nicht mehr sanierungsfähig gewesen seien, zur Verfügung gestellt worden. Das Ergebnis sei gewesen, daß die Getreidepreise gegenüber dem Jahre 1930 einen Agrarindex von 90 bis 95 aufzuweisen, während der Agrarindex für die bäuerlichen Veredelungsprodukte auf 65 gesunken sei.

Daraus ergebe sich, daß durch die Politik der Grünen Front ein wirksamer Schutz für die Getreidewirtschaft im Osten erreicht worden sei, während die Preise für die Veredelungsprodukte des Westens immer mehr gesunken seien.

Der Bauernbund fordere, daß man, wenn man die Getreidepreise stütze, den Schutz der andern Produkte nicht vergessen dürfe. Es sei falsch zu glauben, man könne der Veredelungswirtschaft dadurch helfen, daß man die Preise erhöhe, dafür sei die Kaufkraft der Konsumenten viel zu schwach. Auch sei es unrichtig, heute eine radikale Kontingentierung zu fordern, wenn man die Kontingentierung an und für sich auch begrüßen müsse. Viel wichtiger sei es, eine Wirtschaft zu fördern, die viel mehr auf den nationalen Markt eingestellt sei. Die Kontingentierung hätte vorsichtiger angefaßt werden müssen, man müsse sie, wie es ein in diesen Tagen gestellter Zentrumsantrag wolle, von Fall zu Fall prüfen.

Mit Nachdruck betonte der Redner, man könne heute keine einseitige Berufsstandspolitik machen mit Scheuklappen an den Augen. Der Bauernbund fordere

eine nationale Wirtschaft vom Standpunkt der Volksgemeinschaft

aus. Es sei in absehbarer Zukunft ausgeschlossen, Preise zu erzielen, die wesentlich höher als die jetzigen seien. Notwendig aber sei es, daß man bei niedrigen Preisen noch eine Rente erziele. Vor allem aber müsse man eine

Senkung der Unkosten

fordern. Gesenkt werden müßten insbesondere die Preise der Futter- und Düngemittel, weiter die Zinsen, auch müßten Maßnahmen in der Frage der Pächte und der Steuern ergriffen werden. In diesem Zusammenhange kam der Redner auf die Umsatzsteuer und die Schlachtsteuer zu sprechen, deren Ungerechtigkeit er nachdrücklichst betonte. Zur Unkostensenkung gehört auch der Steuergutschein, über den sich der Redner eingehend verbreitete. Da wir jüngst ausführlich über den Steuergutschein und seine Verwertung berichtet haben, brauchen wir nicht näher auf dieses Problem einzugehen. Erwähnt sei nur, daß auch Syndikus Strack mit Nachdruck die Anwesenden aufforderte, das Mißtrauen, das man hier und da gegen den Steuergutschein hege, aufzugeben; denn der Steuergutschein sei eine begrüßenswerte Maßnahme, von der man möglichst Gebrauch machen solle. Leider werde, wie der Redner ausführte, von dem Steuergutschein für Mehrbeschäftigung so wenig Gebrauch gemacht, daß er vielleicht wieder abgeschafft werde.

An die Ausführungen des Redners, die von den Anwesenden mit großem Interesse entgegengenommen wurden, schloß sich eine kurze Aussprache an, in der vor allem noch einzelne Fragen über die Steuergutscheine gestellt und vom Redner beantwortet wurden. Nachdem noch einige Organisationsfragen erledigt waren, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Schenkt!

Jeder braucht Freude

Taschentücher weiß für Kinder	Dtzd.	1.10
Taschentücher für Damen, mit Hohlsaum	Dtzd.	2.30
Taschentücher für Herren, mit bunter Kante . . .	Dtzd.	2.85
Taschentücher mit feiner Stickerei . .	Geschenkkarton	0.85
Taschentücher hochfeine Ausführung mit Hohlsaum und Stickerei	Geschenkkarton	1.45

Wwe Aug. Meyer
Markt 4

Möbelkäufer, noch mehr Vorsicht!

= **Bocholt, 21. Dezember.**

Der Verein gegen Unwesen in Handel und Gewerbe e. V. teilt mit:

Die kürzlich auch in diesem Blatte erschienene Notiz, durch die das Publikum vor sogenannten mit Schleppern arbeitenden „Engroslägern" gewarnt wurde, hat zu Erwiderungen in der Presse und zu Angriffen geführt. Die Angriffe kommen natürlich von geschäftlich interessierter Seite. Wir haben in unseren bisherigen Ausführungen den Möbelinteressenten in allgemeiner Form mitgeteilt, daß die durch die Schlepper vermittelten Käufe zu Engrospreisen eine Täuschung des Publikums bedeuten, da nachweislich vielfach zu erheblich höheren Preisen als im regulären Einzelhandel verkauft wird. Da man uns durch die Erwiderung zwingt, auf die Angelegenheit zurückzukommen, bringen wir zum Beweis nur einige Beispiele und zwar handelt es sich um Feststellungen unserer Vertrauensleute bei einer maßgebenden mit Schleppern arbeitenden Firma.

	Preise im Großlager	Preise in einem maßgebenden Möbelhandelsgeschäft
Schlafzimmer Birnbaum mit 2,20 Meter breitem Schrank	1290,—	880,— Mk.
Schlafzimmer Birnbaum mit 2 Meter breitem Schrank	895,—	693,— Mk.
Schlafzimmer Eiche mit 2 Meter breitem Schrank	730,—	576,— Mk.
Schlafzimmer Eiche mit 2,20 Meter breitem Schrank	775,—	495,— Mk.
Speisezimmer Nußbaum mit 2,20 Meter breitem Buffet	1475,—	1058,— Mk.
Herrenzimmer Nußbaum	1745,—	1552,— Mk.
Küche Natur	450,—	365,— Mk.

Wir haben also an diesen Beispielen festgestellt, daß die Preise in dem sogenannten Möbelgroßlager für Wiederverkäufer um 20 bis 30 Prozent über den regulären Preisen der Möbeleinzelhandlungen liegen. (Unsere Vergleichszahlen stammen aus einer der größten Möbelfirmen des Westens.) Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Schlepper 10—20 Prozent verdienen würde, liegt immer noch ein übersetzter Preis vor. Dem Käufer wird aber immer wieder von dem Schlepper, der mit Wichtigkeit seine Vermittlung anbietet, klarzumachen versucht, daß er in einem „Engroslager" und zu „Engrospreisen", also wesentlich günstiger als anderswo kauft.

Vereine und Veranstaltungen.

Bannerweihe im Jungmännerverein St. Josef.

Am zweiten Weihnachtstag wird nachmittags in der Festandacht um 3 Uhr unser neues Sturmbanner die kirchliche Weihe erhalten. Der hochw. Herr Primiziant Hoymanns hat die Weihe und Ansprache übernommen. Antreten am Heim 2,30 Uhr. Sämtliche katholischen Pfarrvereine geben dem neuen Banner das Ehrengeleite. Die Reihenfolge im Zug ist voraussichtlich folgende: Jungschar, Jugendverein, Jünglingssodalität, Arbeiterverein, Jungmännerverein. Die Mitglieder der Vereine sammeln sich um ihre Fahnen; der Abmarsch vom Vereinshaus muß spätestens 2,45 Uhr erfolgen. Der Mittelgang der Pfarrkirche bleibt für die Teilnehmer am Zuge frei. Der Vorstand erwartet von den Mitgliedern des Jungmännervereins, daß sie sich ausnahmslos um ihr Banner scharen. Unmittelbar hinter dem Banner zieht der Vorstand, den Abschluß des Zuges bildet die Sturmschar.

Jünglingssodalität St. Josef. Am zweiten Weihnachtstag erhält das neue Sturmbanner unseres Brudervereins, des Jungmännervereins St. Josef, seine kirchliche Weihe in der Festandacht, nachmittags 3 Uhr. Unsere Mitglieder sind gebeten, sich recht zahlreich zur Fahne einzufinden, um dem neuen Banner das Ehrengeleit zu geben. Antreten am Vereinshaus St. Josef, nachmittags 2,30 Uhr.

Jungmännerring im K. K. V. Heute abend spricht um 8.30 Uhr im Vereinslokal Langenhoff Kaplan Thoneick über den katholischen Gesellenverband. Es wird pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet.

Verantwortlich: für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für Westdeutschland F. W. Schulze, für Feuilleton Peter Galauk, für Handel und Sport Dr. A. Henkel, sämtlich in Dortmund, für Münster und das Münsterland Dr. Fritz Stricker, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Ernst Häfner, Berlin-Lichterfelde. Für den lokalen Teil: H. Schmitt, für den lokalen Anzeigenteil: St. Stopp, beide in Bocholt. Verlag: J. & W. Temming, Bocholt. Druck „Germania" G. m. b. H., Münster i. W.

„Alle Bruchleidende"
werden auf das heutige Inserat des Spezialbandagisten K. Ruffing aufmerksam gemacht.

Freudestrahlend

dankt man Ihnen!

Schenken Sie unsere schönen

Geschenkpackungen in
Parfüms und Seifen,
Toilette- und Manicurekästen,
Manicurerollen und -Taschen,
Kristallzerstäuber, Reiserollen.

Unsere Auswahl und Preise werden Sie restlos zufrieden stellen. [9284e

Drogerie Maaß, Osterstraße 25.



Für den Weihnachtstisch

eine gute Flasche Likör oder Weinbrand.

Rückforth-Likör	Flasche	2,95 und 1,70 Mk.
Mirsch-Likör	Flasche	3,30 und 1,80 Mk.
Scharlachberg Weinbrand-Verschnitt	3/4 Ltr.	2,50 Mk.
Scharlachberg reiner Weinbrand	3/4 Ltr.	3,45 Mk.
Scharlachberg reiner Weinbrand	3/8 Ltr.	1,85 Mk.
Scharlachberg Rum-Verschnitt	3/4 Ltr	3,40 Mk.
Scharlachberg Rum-Verschnitt	3/8 Ltr.	1,80 Mk
Jacobi Weinbrand-Verschnitt	3/4 Ltr.	2,45 Mk.
Jacobi Weinbrand-Verschnitt	3/8 Ltr.	1,30 Mk.

Sämtliche Preise mit Flasche.

Bolz-Liköre, Benediktiner Dom, echt Danziger Lachs, Cointreau, echt Schwarzwälder Kirschwasser und Himbeergeist, Asbach Uralt, Doornkaat Genever, Schlichte-Steinhäger billigst.

Schaumweine Henkell Trocken Fl. 5,90 Henkell Silberstreifen Fl. 3,75 einschl. Steu.

Qualitätsweine der Weinkellerei C. Kleinhaus & Eckertz, Oberwinter a. Rh.

Delikatessenhaus Eugen Riepenhoff

Größtes und ältestes Spezialgeschäft am Platze.

Ostermarkt 41 — Telefon 2488

Eine Spitzenleistung

in Preis und Qualität!

Alter Münsterländer Korn nicht kalt gebrannt, gar. rein . Liter **2.—**

Prima alter Doppelkorn 40%, Liter **3.—**

— Preis ohne Flasche. —

Wermutwein, prachtvolle Qualität Ltr. **75 Pfg.**

Tarragona, sehr fein, eig. Import, Liter. **1.—**

Arrac, Rum, Liköre, Punsche, feine Qualitäten, sehr preiswert.

Drogerie Maaß, Osterstraße 25.

Helle Freude

am heiligen Abend bringen:

Sportartikel . . . . . .

Fußbälle	Lederjoppen
Fußballkoffer	Lederhauben
Rucksäcke	Lederhandschuhe
Koppel	Autobrillen
Tisch-Tennis	Führerscheintasch.

Hedwig Rademaker

Meine Preise und meine Auswahl werden Sie restlos zufrieden stellen. 9265e

---

Zum Fest empfehle ich:

Alter Münsterl. Korn, sehr fein, Ltr. **2.—**, 1/2 Ltr. **1.—**

Feinster Münsterl. Korn, Ltr. **2.40,** 1/2 Ltr. **1.20**

Feinster alter Doppelkorn, 40% Ltr. **3.—,** 1/2 Ltr. **1.50**

Weinbrand-Verschnitt 3/4 Ltr. **2.75,** 3/8 Ltr. **1.50**

Weinbrand *** 3/4 Ltr. **3.40,** 3/8 Ltr. **1.80**

Liköre 3/8 Flasche **1.65**

Drogerie Feldmann

Neustraße 13 — Ruf 2241

92586

Bücher

dürfen auf dem Weihnachtstisch nicht fehlen.

Sie finden eine gute Auswahl bei

Temming & Hellborn,

Nordstraße 27.

Ein bleibendes Geschenk ist eine

Marken-Nähmaschine

Alle Marken vorrätig. Reparaturen fachmänn. u. billig.

Heinr. Rose jun., gegenüber d. Capitol.

Als passendes Weihnachtsgeschenk

den modernen Hut, die schöne Mütze

nur von

Hermann Wielers, Neustraße Nr. 9.

Krawatten, Socken u. sonstige Herrenartikel.

Damen-, Herren- und Kinderschirme stets gut und billig. (9264e

---

Für Weihnachten!

Erdnüsse	Pfd. 0,24	Spekulatius	Pfd. 0.48
Haselnüsse	Pfd. 0,30	Pflastersteine	1/4 0.15
Walnüsse	Pfd. 0.50	Baumkeks	1/4 0.20
Blockschokolade 100 Gr.	0.18	Vollmilch Nußschokolade 100 Gr.-Taf.	0.23
Cremeschokolade 100 Gr.	0.18	Vollmilchschokol. 100 Gr. 3 Tafeln . .	0.55
Weizenmehl	Pfd. 0.18	Rosinen	Pfd. 0.35
Auszugsm.	Pfd. 0.24	Korinthen	Pfd. 0.45

Mein Kaffee ein Genuß!

Pfd. **2.20, 2,40 2.60, 2.80, 3.—, 3.40 u. 3.60**

Lebensmittelhaus Possel,

Nordstraße 14 — Fernruf 2454 [9226e

Lieferung frei Haus.

Das große Weihnachts-Fest-Programm

im

Capitol-Theater

Ab heute (Donnerstag,) bis einschl. Sonntag (1. Weihnachtstag)

2 Groß - Ton- u. Sprechfilme!

2 hervorragende Erfolgsfilme der Saison!



Kaiserin Elisabeth v. Österreich

Dieser Ton- u. Sprechfilm, der überall ein ganz großer Erfolg war, zeigt in vollendetster Fassung das Leben dieser unglücklichen Kaiserin bis zur höchsten Tragik, den Liebestod ihres Sohnes Kronprinz Rudolf — die Tragik ihres Vetters König Ludwig von Bayern — den welterschütternden Tod der Kaiserin durch den Anarchisten Luigo Lucchini in Genf, der dem

Leidensweg einer Kaiserin, einer Frau und einer Mutter

ein Ende machte.

In den Hauptrollen: Lil Dagover, Maria Solweg, Paul Otto, Charlotte Ander, Ludwig Stössel, Ida Wüst, Gustl Stark Gstettenbauer u. a. m.

2

Hans Albers und Camilla Horn

in dem sensationellen Ton- und Sprechfilm

Hans in allen Gassen

Einen der erfolgreichsten Abenteuer und Kriminal-Tonfilme mit Hans Albers als den rasenden Zeitungsrepoter nach dem bek. Ullstein Roman Smarra. In den weiteren Rollen: Paul Heidemann, Max Adalbert, Betty Amann, G. Dissel.

Dazu das Beiprogramm.

Geöffnet Wochentags ab 5 Uhr Sonn- und Feiertags ab 2 Uhr. Fahrräder u. Motorräder werden aufbewahrt.

Montag (2. Weihnachtstag) vollständig neues Programm

Weihnachtsangebot!

Spekulatius	Pfd. nur 40 Pf.	Vollmilch-Weihnachts-Schokolade Tafel nur	20 Pf.
Haselnüsse	„ „ 30 „	Blockschokolade „	18 „
Erdnüsse	„ „ 24 „	Cremhütchen 1/4 Pfd.	20 „
Paranüsse	„ „ 48 „	Baumbehang 1/4 „	23 „
Baumbehang	Stück 10 „		

Margarine	Pfd. nur 26 Pf	Korinthen	Pfd. nur 45 Pf.
Diamant-Mehl 2 Pfd.	nur 46 „	Puderzucker	„ „ 45 „
Kristallmehl	Pfd. 19 „	Mandeln 1/4	„ 30 „
Rosinen	„ „ 35 „	Kokosraspel	„ „ 36 „
		Parinzucker	„ „ 45 „

Schweizer Käse 1/4 Pfd. nur 25 Pf.

Apfelsinen u. Aepfel billigst.

CARL BLUMBERG

Nassestr. 29 — Fernruf 2894

Schafft

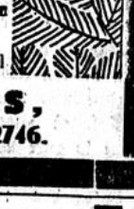
Weihnachtsfreude

durch schöne Festgeschenke.

Geschenkpackungen der bekannt Firmen

4711 Gegenüber Elida
Woll u. Sohn Mouson

finden Sie bei uns in reichhaltiger Auswahl



Drogerie Bruns,

Nordstraße 22 — Ruf 2746.

Bahnhofswirtschaft Rhede

9272e

empfiehlt sich den geehrten Gästen.

Ernst Elringhaus und Frau.

Münsterländer Korn

reine Ware, 1 Liter o. Gl. **2.— Mk.**

Drogerie Bruns,

Nordstraße 22. — Fernruf 2746.

Freitagnachmittag von 2 Uhr an ist an der „Mussumer Mühle" von einer schweren fetten Kuh (9273

Fleisch

zu 55 Pf. per Pfd., zu haben.

Joh. Klein-Schmeink, Mussum.

Freibank

Freitagnachmittag von 2.30 Uhr an ist

Schweinefleisch

zu haben.

Freitagmorgen von 9 Uhr ab bis zum Samstag ist prima

Rindfleisch

zu haben bei (9286

Alois Kempkes, Dingerdoer Str. 55.

Ein schwarzer, langhaariger (9278

Münsterländer Hund

auf den Namen „Wanda" hörend, **abhanden gekommen.** Vor Ankauf wird gewarnt. Geg. Belohnung abzugeben bei **J. Heinrichs,** Buchdruckerei, **Rhede.**



Weißweine

Bodenheimer	3/4 Liter	0.65
	1 Liter nur	0.85
Liebfrauenmilch	3/4 Liter	0.75
	1 Liter nur	1.00
Zeller schwarze Katz	3/4 Liter	1.05
Pündericher Petersberg,	3/4 Liter	1.15
Pündericher Goldley		1.30
Pündericher Steffensberg	3/4 Liter	1.50
Apfelwein	Liter	0.45

Preise ohne Fl. 92678

Unerreicht in Qualität und Preis.

Qualitätsweine zu niedrigsten Preisen.

Drogerie Feldmann

Neustaße 13 — Ruf 2241

Zum Weihnachtsfest eine hübsche

Handtasche

von 89126

Alois Valk, Osterstraße

Besichtigen Sie meine Auslagen.

Freitagnachmittag von 2 Uhr an ist von einer selbstgemästeten Kuh

Fleisch

das Pfd. zu 55 Pf., zu haben. (9249

Karl Bontink, Werther Straße.

Freitagnachmittag ist von einer jungen Kuh prima

Fleisch

das Pfd. zu 50 Pf., zu haben bei (9276

Bernh. Weikamp, Lankern Nr. 36, (Dingdener Straße).

Freitagnachmittag von 2 Uhr an ist von einer schweren Kuh (9275

Fleisch

zu 50 Pf. je Pfd., zu haben bei

Karl Jansen, Biemenhorst.

Gebrauchter leichter

Lieferwagen

zu kaufen gesucht.

Angeb. erbeten unter **Nr. 9271** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Schenkt praktisch!

Gute Strümpfe und Socken

Fleweger, Ravardistr. 37

Das Geschäft mit dem guten Namen



Das neue Gesang- und Gebetbuch

auch in Grobdruck, in jeder Preislage vorrätig.

Alois Valk,

Osterstraße.

8922

Freitagnachmittag von 2 Uhr ab ist von einer selbstgemästeten Kuh

Fleisch

zu 50 Pf. per Pfd., zu haben bei (9277

Joh. Kettering, Mussum Nr. 135, (Nähe Witten).

Schöner (9269

Plüschsessel

mit hoher Rückenlehne, für einen Kranken geeignet, 1 neue gestreift. **Hose,** 1 schwrz. **Ueberzieher,** 1 **Bahnkorb,** zu verkaufen.

Schanze 47.

Eine einfache

Wohnung

besteh. aus Küche u. 4 Zimmern, zu mieten gesucht.

Fürstlich Salm-Salmsches Domänenamt. (9264

Achtung!

Am Freitagmorgen, ab 7 Uhr, verkaufe ich bei der **Kaffeerösterei Imping,** Nobelstr. u. Samstags b. **Bußhaus** am **Güterbahnhof**

Ia. junge Schweine

zu äußersten Preisen. [1306e

Heinrich Artz, Spellen.



Weine vom Faß.

Wermutwein	Liter	0.75
Johannisbeerwein	„	1.00
Tarragona	„	1.00
Kirschwein	„	1.20
Insel Samos (Original)	„	1.25
Apfelwein	„	0.45
Bodenheimer Weißwein	Liter nur	0.85

Preise ohne Fl. 92666

Unerreicht in Qualität und Preis.

Qualitätsware zu niedrigsten Preisen.

Drogerie Feldmann

Neustraße 13 — Ruf 2241

Um die Vierzigstundenwoche.

(Von unserm Völkerbundskorrespondenten.)

Genf, im Dezember.

Demnächst werden sich in einer von der internationalen Arbeitsorganisation einberufenen Konferenz in Genf die Vertreter der wichtigsten Industrieländer mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung beschäftigen, die bekanntlich infolge der begrüßenswerten Initiative der italienischen Regierung in der letzten Zeit häufiger in Genf diskutiert worden ist. Zweck dieser Initiative war es, die Einberufung einer außerordentlichen Arbeitskonferenz zu erreichen, welche ein Abkommen über die Frage der Arbeitszeitverkürzung beraten sollte. Dieses Ziel ist zwar nicht erreicht worden, aber immerhin ist das Verfahren, das gewöhnlich eine zweimalige Diskussion einer Frage auf zwei ordentlichen Arbeitskonferenzen vorsieht, sich also normalerweise bis zur Fertigstellung des Abkommens auf über zwei Jahre erstreckt, beträchtlich abgekürzt worden; nachdem die vorgesehene Sonderkonferenz die Frage der Arbeitszeitverkürzung besprochen hat,, wird bereits die nächste, wegen der Dringlichkeit des Problems schon für März 1933 angesetzte ordentliche Arbeitskonferenz versuchen, ein internationales Abkommen zustandezubringen. Wenn dieser Plan gelingt, wären seit dem italienischen Antrag — August 1932 — bis zum Abschluß des Abkommens nur sieben Monate nötig gewesen, während die gewöhnliche Prozedur in der Internationalen Arbeitsorganisation, wie gesagt, in solchen Fällen mehr als zwei Jahre brauchen würde.

Eine ganze Reihe von Fragen erheben sich im Zusammenhang mit dem Beratungsstoff der bevorstehenden Sonderkonferenz und werden wohl auch hier zur Diskussion kommen. Die wichtigsten dieser Fragen dürften die nach der praktischen Durchführbarkeit und nach dem Erfolg der vorgeschlagenen Maßnahme — Kürzung der 48- auf die 40-Stunden-Woche — hinsichtlich der Schaffung zusätzlicher Arbeitsstellen sein. Von den Gegnern einer internationalen Abmachung über die Kürzung der Arbeitszeit wird z. B. vielfach behauptet, eine solche Maßnahme könne nur für jeden einzelnen Industriezweig gesondert, nicht aber für alle Industrien international gleichzeitig durchgeführt werden. Abgesehen davon, daß im letzteren Fall die verschiedenen Industrien verschieden belastet, also sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber benachteiligt würden, und abgesehen davon, daß deshalb grundsätzlich die Arbeitszeitverkürzung einheitlich sein müßte, — kann die Durchführung dieser Maßnahme doch den Bedürfnissen der einzelnen Industrien angepaßt werden. So ist es z. B. wie ein Bericht des Internationalen Arbeitsamtes mitteilt, möglich, die tägliche Arbeitszeit zu verringern, oder aber die Arbeitswoche zu verkürzen, einen Wechsel der Arbeitskräfte vorzusehen, sodaß jeweils ein Teil der Belegschaft beurlaubt werden kann. Die Einführung des Siebenstundentages in durchgehenden Betrieben würde für den Arbeiter die 42-Stundenwoche bedeuten und wahrscheinlich auch noch im Sinne des vorzubereitenden Abkommens als zulässig erkannt werden.

Bringt die Verkürzung der Arbeitszeit, so wird vielfach gefragt, eine nennenswerte Vermehrung der Arbeitsgelegenheit? Die Mitteilungen des Arbeitsamtes antworten auf diese Frage mit Schätzungen, da infolge Mangels an Erfahrungen keine festen Zahlen zu ermitteln waren. Immerhin hielt im Jahre 1931 der von der deutschen Reichsregierung unter dem Vorsitz des ehemaligen deutschen Arbeitsministers und bekannten Sozialpolitikers Brauns eingesetzte Sachverständigenausschuß, ohne Ziffern anzugeben, die Einstellung einer „erheblichen Zahl" von Arbeitnehmern für möglich, falls die Arbeitszeit herabgesetzt werde. In der Tschechoslowakei sollen nach einem Plan der Masarykakademie in Prag durch Einführung der 40-Stundenwoche und durch Organisierung öffentlicher Arbeiten bis 300 000 Menschen Arbeit finden, während der Abgeordnete Guardia im Repräsentantenhaus behauptete, daß in den Vereinigten Staaten für 2½ Millionen Menschen zusätzliche Arbeit geschaffen würde, wenn den in der Industrie, im Handel und Bankwesen beschäftigten Personen je ein Monat unbezahlter Urlaub gewährt, d. h. wenn praktisch die Fünftagewoche eingeführt werde. Ueber das Problem jedoch, das im Ausdruck „unbezahlter Urlaub" enthalten ist, über die Lohnfrage, — also darüber, ob die Verkürzung der Arbeitswoche auch von einer Teilsenkung oder von der Beibehaltung des bisherigen vollen Betrages begleitet werden soll, — werden sich bei den künftigen Genfer Auseinandersetzungen die härtesten Kämpfe abspielen, da an einer Uneinigkeit in diesem Punkte möglicherweise der ganze Plan einer internationalen Arbeitszeitverkürzung scheitern kann.

Ein Wort des Papstes.

Auch die katholische Presse muß nach wirtschaftlichen Grundsätzen verwaltet werden.

Bei dem Empfang einer Gruppe katholischer Hochschüler, die ihm eine Huldigungsadresse überreichte, knüpfte Papst Pius XI. an eine das katholische Zeitungswesen betreffende Stelle der Adresse an und sagte eindringlich:

„Für die Förderung der katholischen Interessen sind die katholischen Blätter unentbehrlich. Daher ist es in demselben Maße unerläßlich, auf die wirtschaftlichen Bedingungen des Bestandes der katholischen Presse Bedacht zu haben."

Der Heilige Vater erinnerte daran, daß auch die katholische Presse innerhalb der sittlichen Normen nach wirtschaftlichen Grundsätzen, wenn sie gedeihen solle, verwaltet werden müsse. Es gehe deshalb nicht an, von ihr zu erwarten, daß sie ohne entsprechende Einnahmen ihre Aufgaben erfüllen und man von der Presse Verzichte auf Bezugsgelder erwarten könne. Die Gewinnung zahlreicher Abonnenten zur Stärkung und Ausbreitung der katholischen Presse sei ein bedeutsames Werk — ein großes Apostolat sei hier zu vollbringen. Der Heilige Vater erinnerte an die mustergültige Tätigkeit der holländischen Katholiken für ihre Presse, und wenn man ihn um seinen Segen für ein katholisches Blatt bitte, so gelte dieser Segen allen, die zur Förderung dieses Blattes als dessen Bezieher und werktätige Freunde beitragen.

Mögen diese Worte des Papstes auch bei uns Beachtung und Widerhall finden.

Ein großer Tag der Kieler Katholiken.

• Kiel, 21. Dezember.

Die Katholiken von Groß-Kiel hatten am Sonntag einen großen Tag. Mit jener Einmütigkeit, die man immer in der Diaspora zu bewundern Gelegenheit hat, feierten sie die Weihe des neuen Gotteshauses in Kiel-Süd, das den Franziskanern der Sächsischen Provinz vom hl. Kreuze zur pfarramtlichen Betreuung überwiesen wurde. Der Oberhirt der Osnabrücker Diözese, Dr. Wilhelm Berning, hatte es sich nicht nehmen lassen, selber die Weihe des Kirchleins vorzunehmen. Alles — die sinnvollen, uralten Zeremonien bei der Weihe von Kirche und Altar, das feierliche Pontifikalamt des Bischofs, seine hinreißenden Ansprachen im Gotteshause und bei der abendlichen Saalfeier — einer katholischen Familienfeier im besten Wortsinne — gestaltete sich für die Katholiken der Diaspora zu einem Erlebnis, das noch lange nachwirken muß. Den Söhnen des hl. Franz von Assisi aber bedeutete die Feier eine frohmachende Genugtuung für die Opfer, Arbeiten und Entbehrungen, die ihnen in den ersten Jahren ihres Wirkens in Kiel abgefordert wurden. Die armselige Notkapelle wurde gegen den in ein franziskanisch-schlichtes Gotteshaus umgewandelten Tanzsaal eingetauscht. Ein rechtes Diasporakirchlein, ein Kirchlein der Natzeit! Aber für die Gemeinde Kiel-Süd ausreichend und dabei recht stimmungsvoll umgewandelt. Dem Bonifatiusverein, der Mutterpfarrei Kiel-Mitte, manchen hilfsbereiten Pfarreien Westfalens, Rheinlands und Schlesiens, vor allem aber der Sächsischen Franziskanerprovinz vom hl. Kreuze wurden wahrlich nicht geringe finanzielle Opfer zugemutet, um diesen Außenposten in der nordischen Diaspora unter Dach und Fach zu bringen. Aber gerade der genannten Ordensprovinz lag daran, durch diese Niederlassung an uralte Traditionen wieder anzuknüpfen.

Um 1242 baute Graf Adolf 4. von Schauenburg, der Befreier Schleswig-Holsteins von der Dänenherrschaft, den Franziskanern Kloster und Kirche in der Stadt „tom Kyle", d. h. an der Bucht oder Förde der Ostsee. Dann wurde er selber Franziskaner und starb 1261 eines heiligen Todes. Sein Grab befindet sich in der von ihm gestifteten Marienkirche, der heutigen protestantischen Universitätskirche. Adolfs Gründung wurde 1530 vom Sturme der Reformation weggefegt. Dank der gütigen Vorsehung vermochten seine Mitbrüder in der braunen Franziskanerkutte im Jahre 1930 wieder ihren Einzug im schönen Kiel zu halten. Ein altes Restaurant konnte für einen verhältnismäßig billigen Preis erworben werden. Dort, wo die Pläne zur Revolution von 1918 geschmiedet wurden, walteten sie ihres Amtes als Friedensboten, einzig darauf bedacht, den Schwestern und Brüdern in der Diaspora helfend, betend und ratend zur Seite zu stehen. Der Osnabrücker Oberhirte und mit ihm der Weltklerus sprachen gelegentlich der Kirchweih Worte reichen Lobes für die vielseitige Tätigkeit, die die Söhne des Armen von Assisi nicht bloß in Kiel, sondern in der ganzen Nordmark während der wenigen Jahre ihres Schaffens in der nordischen Diaspora entfaltet haben. Aller Wunsch klang darin aus, daß unter dem Schutz der Gottesmutter, dieser Patronin auch der neuen Siedelung, weiteres neues Glaubensleben aus dem Wirken der Franziskaner in der Nordmark hervorsprießen möge.

Soziales.

Anwartschaft in der Angestellten-Versicherung.

Für die Zeit vom 1. Januar 1926 an ist es zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der A. V. erforderlich, daß jeder Versicherte vom 2. bis 11. Kalenderjahr seiner Versicherung jährlich mindestens 8, vom 12. Kalenderjahre an jährlich mindestens 4 Beitragsmonate nachweist. Die Anwartschaft erlischt zunächst, wenn diese Mindestzahl nicht erreicht wird. Sie lebt aber wieder auf, wenn der Versicherte die erforderlichen freiwilligen Beiträge innerhalb der zwei Kalenderjahre nachentrichtet, die dem Kalenderjahr der Fälligkeit folgen. Es können also die etwa noch erforderlichen Beiträge für das Jahr 1930 bis zum 31. Dezember 1932 nachentrichtet werden, vorausgesetzt, daß die Anwartschaft bis einschließlich 1929 aufrechterhalten und der Versicherte nicht berufsunfähig ist. Es ist ratsam, die Entrichtung freiwilliger Beiträge nicht bis zum letzten zulässigen Zeitpunkt hinauszuschieben, da freiwillige Beiträge nach Eintritt der Berufsunfähigkeit regelmäßig nicht mehr entrichtet werden dürfen. Freiwillige Beiträge sind in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse, mindestens aber in Klasse B zu entrichten.

Um Unklarheiten bei den Versicherten zu beseitigen hat der Ortsausschuß der Vertrauensmänner der A. V. für die Zeit vom 27. bis 30. d. M. ab 18 Uhr eine vermehrte Auskunftstätigkeit eingerichtet. Sprechzimmer Schmiedingstraße 27—30 (Haus der Allg. Ortskrankenkasse). Die Ueberwachungsbeamten stehen am Donnerstag, 22. u. Donnerstag, 29. d. M. ab 9—12 Uhr dort zur Verfügung. Die Sprechstunden am 24. und 31. d. M. fallen aus.

★

Die am 17. und 18. Dezember d. J. in Bad Salzuflen tagende außerordentliche Konferenz der nord- und westdeutschen Bezirksgruppen der Deutschen Wasserstraßen-Gewerkschaft nahm eine Entschließung an, in der sie von der Führung verlangt, daß die bisherige ablehnende Haltung in der Frage der 40stündigen Arbeitswoche beibehalten wird, weil die damit verbundenen Lohnkürzungen sowohl für den Arbeitnehmer als auch für die geschwächte Binnenkaufkraft unerträglich sind. Weiter heißt es: „Die vom Reichsverkehrsministerium ausgesprochene Kündigung der Löhne für das Wasserstraßenpersonal wird nicht nur als eine besondere Herausforderung an die Arbeitnehmerschaft empfunden, sie ist auch unvereinbar mit der Kundgebung des Herrn Reichskanzlers v. Schleicher, wonach weitere Kürzungen des Personals nicht gemacht werden sollen. Die Konferenz erwartet vom Herrn Reichsverkehrsminister größtmöglichste Berücksichtigung der Notlage des Personals und Beachtung des Willens des Herrn Reichskanzlers. Für die Deutsche Wasserstraßen-Gewerkschaft ist jede weitere Lohnkürzung undiskutabel. Unter Berücksichtigung der fortschreitenden Arbeitslosigkeit glaubt die Konferenz der Reichsregierung den Vorschlag machen zu dürfen, amtliche Kontrollinstanzen zu errichten, denen die Pflicht obliegt, zu prüfen, ob die augenblicklichen Betriebseinschränkungen und die damit verbundenen Arbeiterentlassungen gegenüber der derzeitigen Notlage des Volkes und des Staates vertretbar sind. Eine vorübergehende gewinnlose Bilanz kann keine berechtigte Ursache sein, Arbeitsmöglichkeiten einzuschränken und die Ausdehnung des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf die Reichswasserstraßenbetriebe darf nicht dazu führen, daß jahrelang beschäftigte Stammarbeiter angeblich wegen Geld- oder Arbeitsmangel entlassen werden. Ziel und Zweck des Arbeitsbeschaffungsprogramms werden dadurch sabotiert. Die Konferenz ist ferner der Auffassung, daß die Mittel aus dem Fonds für Arbeitsbeschaffung für Arbeit in eigener Regie (also unter Ausschaltung der Privatunternehmen) künftig unter Berücksichtigung der erforderlichen Einstellung von Erwerbslosen ausgeführt werden müssen. Außerdem wird die bekannte grundsätzliche Forderung der D. W. G.: Die Schiffsführer und Maschinisten der Schleppbetriebe in das Beamten- oder Angestelltenverhältnis zu überführen, aufrechterhalten. Mit Bedauern wird festgestellt, daß Bedienstete des Schleppamtes noch arbeitslos sind, wogegen Arbeiten an Privatschiffer vergeben werden. Die Konferenz gelobt weitere Pflichterfüllung und Treue."

Der Kampf um die Süddeutsche Fußballmeisterschaft beginnt.

Endspiel-Auftakt zu Weihnachten.

München, 21. Dezember.

Als erster offizieller Termin der Fußball-Endkämpfe in Süddeutschland wurden die Weihnachtstage bestimmt, die gleich sechs Begegnungen bringen. Gespielt wird wieder in zwei Gruppen, deren Sieger an den DFB.-Endkämpfen teilnehmen. Der dritte Vertreter wird im Entscheidungsspiel der beiden Gruppenzweiten ermittelt, der aber die endgültige Teilnahme erst in einem weiteren Endkampf mit dem süddeutschen Pokalmeister ermitteln kann.

In der Abteilung 1 stehen zwei Spiele auf dem Programm. Der Meister von Nordbayern, 1. FC. Nürnberg erwartet Phönix Ludwigshafen. Die Gäste dürften kaum eine Chance haben, da der Club bemüht sein wird, auch weiterhin ungeschlagen zu bleiben. Der Deutsche Fußballmeister, Bayern München hat den Saarmeister 1. FC. Kaiserslautern zu Gast. Die Saarvertreter haben sich glänzend verbessert und werden einen hartnäckigen Gegner abgeben, sodaß die Bayern sich schon anstrengen müssen, um die Punkte zu behalten.

Vier Spiele sieht die Abteilung 2 vor. Der FSV. Mainz 05 steht zu Hause gegen Phönix Karlsruhe vor einer nicht leichten Aufgabe. Die Vertreter Badens erreichten gerade in dieser Saison eine vorzügliche Form und werden dem Gastgeber viel zu schaffen machen. In Frankfurt ist zwischen dem FSV. und Kickers Stuttgart ein großer Kampf zu erwarten. Die Mainvertreter sollten jedoch das bessere Ende für sich haben, da sie zu Hause manchen Vorteil haben. Union Böckingen erwartet Eintracht Frankfurt. Hier stehen die Chancen genau umgekehrt. Die Böckinger haben gute Aussichten auf einen Sieg. Dies wird aber vor allem davon abhängig sein, in welcher Tagesform sich der Angriff befindet. Der Karlsruher FV. spielt zu Hause gegen Wormatia Worms. Hier kann es leicht eine Ueberraschung geben. Der KFV. ist zwar spielerisch über den Gegner zu stellen, der dafür aber den größeren Eifer mitbringt. Ein Sieg der Karlsruher sollte das wahrscheinliche Ende sein.

Der WSV. und die Profifrage.

Am Dienstag tagte in Bochum der Verbandsvorsitzende mit einem kleinen Kreis von Männern des westdeutschen Fußballsports, um darüber Klarheit zu schaffen, ob man den Profisport scharf getrennt oder in Verbindung mit den bestehenden Vereinen aufbauen will. Man entschied sich, wie WTB. erfährt, für die scharfe Trennung. Man hat auch bereits mehrere Städte, die für die Profiliga Westdeutschlands in Frage kommen sollen, herausgegriffen, glaubt aber, vorab dieselben nicht nennen zu sollen, weil die Frage noch erörtert wird, ob eine Vergrößerung bis zu zwölf Profivereinen durchgeführt werden soll. Es besteht die Absicht, zu Anfang Januar eine weitere Sitzung dieses kleinen Kreises stattfinden zu lassen, in der die jetzt aufgrund dieser Besprechung festgelegte Art zu einem fertigen Entwurf gestaltet werden soll. Ob vor der Bundestagung, die bestimmt am 29. Januar in Berlin stattfindet, noch ein außerordentlicher Verbandstag einberufen wird, ist noch nicht entschieden. Die schon seit Tagen kursierenden Gerüchte über ein fertiges Profistatut sind in allen Teilen unrichtig.

★

Deutschlands Studenten-Länderelf gegen Italien.

Das noch in Neunkirchen angesetzte dritte Uebungsspiel der deutschen Studentenelf kam nicht mehr zum Austrag. Die Elf blieb in Saarbrücken und hat von dort die Reise nach Sizilien angetreten. Die Ankunft in Catania erfolgt am Donnerstagabend, sodaß noch einige Ruhetage zur Verfügung stehen um sich von den Strapazen der Reise zu erholen.

Die Mannschaft wird voraussichtlich wie folgt stehen: Fischer (Guts Muts Dresden); Radecke (BSV. 92), Clauß (Dresd. SC.); Claas (Te.-Bor.), Kiehl (Dresdener SC.), Oehm (1. FCN.); Grebe (Offenb. Kickers), Knapp (FSV. Frankfurt), Niggemeyer (Müth. SV.), Gäßler (Freiburger SC.), Heckmayer (DSV. München). Ersatz: Kircher-Rastatt (Tor), Ernst-Feuerbach (Mittelläufer).

Differenzen im Stall Mühlens.

Zwischen der Leitung des Rennstalles des westdeutschen Großindustriellen P. Mühlens und dem Jockey E. Haynes sind Unstimmigkeiten entstanden, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob der Amerikaner auch in der kommenden Saison für diesen großen Stall tätig sein wird. Haynes ist allerdings auch für 1933 vertraglich verpflichtet worden und besteht selbstverständlich auf Innehaltung des Vertrages. Man darf gespannt sein, ob es gelingt, die bestehenden Differenzen aus der Welt zu schaffen.

★

Von den sieben am 1. Dezember in Düsseldorf aufgestellten deutschen Bestleistungen hat der Deutsche Schwimm-Verband vier als neue deutsche Rekorde anerkannt. Es handelt sich dabei um folgende Leistungen: 100 m Kraul: Derichs (Sparta Köln) 59,6 Sek.; 300 m Kraul: Deiters (Sparta Köln) 3:36,2 Min.; 400 m Kraul: Deiters 4:55,6 Minuten; 400 m Rücken: Elfriede Sasserath (Rheydt 03) 6:39,7 Minuten.

Sportliches Allerlei.

Die Stimme des Volkes. — Er weiß sich zu helfen. — Schikat und die Sechstagefahrer. — 350 Kämpfe in 14 Tagen.

Ein bekanntes Londoner Schneidergeschäft hat in seinen Schaufenstern eine Reihe von Schaudarstellungen durch verschieden gekleidete Puppen eingerichtet, die die Neugier des vorüberflutenden Publikums erregen. Es handelt sich dabei um Gruppen bekannter politischer Persönlichkeiten, sowie populärer Sportsleute.

Berühren die Passanten mit der Hand einen an der Fensterscheibe angebrachten Knopf, dann leuchtet plötzlich Licht auf, das die gewünschte Gruppe bestrahlt und ein Schild zu erkennen gibt, aus dessen Aufschrift die Persönlichkeit der beleuchteten Puppe zu entnehmen ist.

Und dabei ergab sich die recht pikante Feststellung, daß das passierende Publikum in der Mehrzahl der Fälle die Bilder der Politiker und sonstigen bekannten Persönlichkeiten mehr beleuchten ließ als die der prominenten und populären Sportsleute. Es war dies zweifellos darauf zurückzuführen, daß der großen Masse die Meister des Sports wesentlich besser bekannt sind als die Herren Minister der Gegenwart und der . . . Zukunft!

*

Der französische Weltrekordmann im Gewichtheben, Charles Rigoulot ist ein großer Kinderfreund, der keine Gelegenheit versäumt, sich mit ihnen zu beschäftigen. Während seiner Freizeit veranstaltet er deshalb auch mit Vorliebe im Zirkus Amar, wo er beruflich tätig ist, kleine Athletikveranstaltungen für Kinder, bei denen er am Schluß die Verteilung der von ihm gestifteten Preise vorzunehmen pflegt.

Als der olympische Exweltmeister eines Tages wieder mit der Preisverteilung beschäftigt war, stellte sich ein kleiner Junge mit hingehaltener Hand vor ihm auf.

„Was willst du denn?" fragte Rigoulot. „Du hast ja garnicht am Wettbewerb mit teilgenommen!"

„Doch, Herr Rigoulot! Ich war auch dabei!"

„So? Was bist du denn geworden?"

Der Kleine zauderte einen Augenblick, dann sagte er dreist und zuversichtlich: „Der Letzte kam vor mir!"

*

Bei den Newyorker Sechstagerennen erschien kürzlich der große deutsche Freistilringer Richard Schikat, um sich die Kollegen des Radsports einmal bei ihrer Tätigkeit anzusehen. Er erklärte ohne Zögern, daß ihm eine „Kravatte" von Strangler Lewis, verbunden mit einer Körperschere von Joe Stecher und einem „Flying Tackle" von Gus Sonnenberg entschieden angenehmer sei als solch eine Sechstagefahrt.

Der aus Tilsit gebürtige Ostpreuße meinte: „Wir fallen ja auch eine ganze Portion in unserem Sport, aber die Matte, auf die wir uns gegenseitig knallen, ist ja eine Sprungfedermatratze im Vergleich zu der Radrennbahn. Von den Fahrern können wir Ringer hinsichtlich des richtigen Fallens schon etwas lernen. Die Leistung der Fahrer ist wirklich allerhand, wenn man obendrein noch berücksichtigt, über welch lange Dauer sie sich erstreckt". — Schikat meinte auf die Frage, ob er denn keine Lust zum Rennfahren habe, in elegantem Ostpreußisch: „Maaanche, mach dich doch nich' niedlich! Ich gloube, ich bleibe bei de Rrrringkämpferrrei!"

*

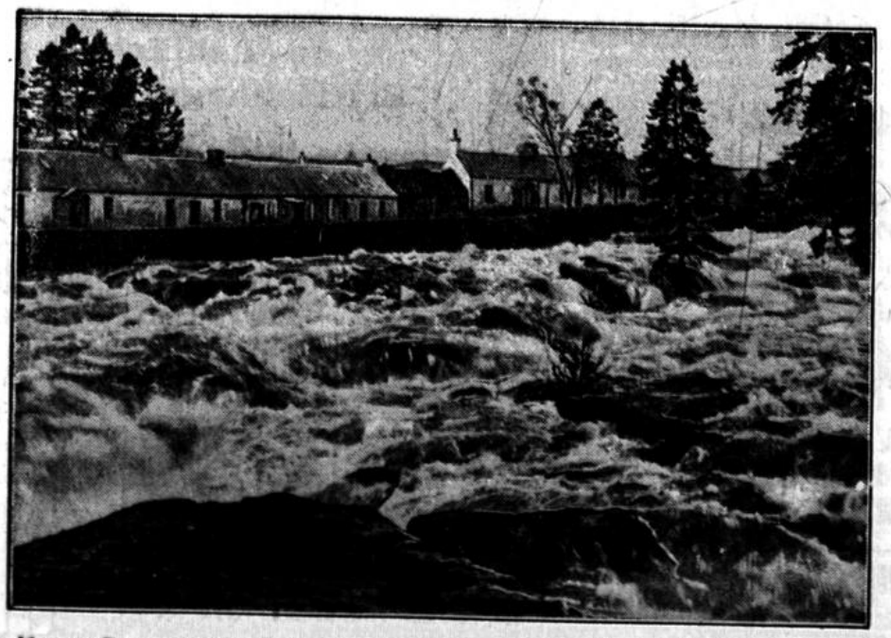
Die Ausgrabungen alter Kulturstätten und die Forschungen der Historiker bringen immer wieder interessante Zeugnisse dafür an das Tageslicht, daß der Sport schon vor Jahrtausenden im Vordergrund des allgemeinen Interesses stand und zu denjenigen Dingen gehörte, die die menschliche Gesellschaft außerordentlich beschäftigten . . .

Dieser Tage entdeckte man bei Ausgrabungen in der alten römischen Hafen- und Badestadt Ostia an der Mündung des Tibers in das Mittelmeer eine riesige Marmortafel, die eine 56 Reihen lange Inschrift sehr interessanter Art enthielt. Die Zeilen entstammen dem Jahre 108 nach Christi und erstatteten Bericht über die großen Sportspiele und Gladiatorenkämpfe, die der Kaiser Trajan seinerzeit dem Volke geboten hatte.

Das große öffentliche Volksfest, in dessen Rahmen die Sportkämpfe durchgeführt wurden, dauerte insgesamt 14 Tage und sah auf seinem Programm während dieser Zeit nicht weniger als 350 Gladiatorenkämpfe und sportliche Wettbewerbe!

Das dürfte zweifellos einen Rekord darstellen, den selbst die smartesten und geschäftstüchtigsten Sportmanager der Zeit von heute so leicht nicht brechen werden.

Unwetterschäden in Schottland.



Ein schwerer Sturm, der über Schottland raste und von heftigen Regengüssen begleitet war, verwandelte den Gebirgsfluß Dochart in eine reißende Flut, die große Verheerungen anrichtete.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

© **Berlin**, 21. Dezember.

Das Geschäft war zu Beginn des Verkehrs wieder recht ruhig und die Kursgestaltung meist von Zufallsorders abhängig. Es konnten sich Besserungen bis zu 1,5 Proz. durchsetzen, denen wiederum Rückgänge im geringen Umfang gegenüberstanden. Die Grundstimmung konnte eher als etwas freundlicher bezeichnet werden, da

> durch die Maßnahmen der Reichsregierung zum Schutze des inneren Friedens und durch die endgültige Annahme der Amnestievorlage innerpolitisch natürlich eine Beruhigung eingetreten

ist. Von den Auslandsbörsen, die überwiegend schwächer verkehrten, konnte eine Anregung nicht ausgehen und auch in einigen deutschen Werten erfolgten in Newyork Gewinnmitnahmen, wenn auch der größte Teil der deutschen Industrie-Bonds noch fest lag. Aus der Wirtschaft lagen nur wenig Nachrichten vor.

> Die J. G. Farben haben im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms, wie gestern gemeldet, Neueinstellungen vorgenommen, der Kupferpreis ist wiederum erhöht worden.

Die Spekulation nahm in verschiedenen Montanpapieren und auch in Farben Deckungen vor, doch kam in letzteren zum ersten Kurse wieder Material heraus, sodaß sich der erhöhte vorbörsliche Kurs nicht ganz behaupten konnte. In Montanen erfolgten gleichfalls nach den gestrigen Realisationen Deckungen. Werte wie Vereinigte Stahl, Phönix, Hoesch und Erdöl lagen aber weiter gedrückt. Man wies auf die offizielle Stellungnahme in den in letzter Zeit anhaltenden Gerüchten über die

> Verkäufe des Auslandes und Exportfinanzierung durch Effektensperrmark

hin, und es hat in gewisser Hinsicht beruhigt, daß auf keinem Fall Effektensperrmark zur Bezahlung von Exportkäufen genommen werden kann. Erwähnenswert war die Befestigung von Dortmunder Union um 3,5 Proz. Der Rentenmarkt war ruhig, doch freundlich veranlagt. Für Pfandbriefe zeigte sich wieder Nachfrage, und auch Reichsschuldbuchforderungen lagen 0,25 bis 0,5 höher.

Im Verlaufe ließ das Geschäft weiter stark nach und es ergaben sich daher überwiegend Rückgänge.

Am Berliner Geldmarkt blieb Tagesgeld weiter sehr leicht und mit 4½ bezw. 4 Proz. an der unteren Grenze erhältlich. Privatdiskonten waren in Vorbereitung zum Jahresultimo weiter angeboten, die Nachfrage war nur gering. Reichswechsel und Reichsschatzanweisungen blieben umsatzlos.

Hoesch-Köln-Neuessen AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Dortmund.

Die GV. in der 248 Aktionäre 72,38 Mill. ℳ Stamm- und 660 000 ℳ Vorzugsaktien vertraten, genehmigte einstimmig und ohne Aussprache den bekannten Abschluß für 1931-32 sowie die vorgeschlagene Herabsetzung des Stammkapitals auf 102,10 Mill. ℳ durch Einziehung von 40 Mill. ℳ eigenen Stammaktien.

Von Generaldirektor Dr. Springorum wurde die Kapitalherabsetzung damit begründet, daß mit Rücksicht auf die gesetzlich erforderliche Abwertung des Bestandes an eigenen Aktien auf den Tageskurs bei Aufrechterhaltung der eigenen Aktien der Abschluß unnötig ungünstig beeinflußt worden wäre. Außerdem glaube man, daß eine Verwertungsmöglichkeit für das große Aktienpaket bei der heutigen Wirtschaftslage in absehbarer Zeit nicht gegeben sein wird. Die außerordentlichen Abschreibungen seien deshalb notwendig gewesen, weil nur eine vorsichtige Bewertung des Vermögens bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Aktionären die Gewähr biete, daß bei einer Wiederbelebung in der Industrie die Möglichkeit für Erträge aus ihrem Aktienbesitz gegeben sei. Die Verwaltung vertrete den Standpunkt, daß nur eine möglichst vollständige Berücksichtigung der laufenden Risiken diese Gewißheit geben könne. Es wurde erklärt, daß über die notwendigen Abschreibungen hinaus noch eine zusätzliche Abwertung vorgenommen sei, um, soweit es sich zurzeit übersehen lasse, besondere Wertberichtigungen für die Zukunft zu verhindern. Ueber die Entwicklung des neuen Geschäftsjahres wurde mitgeteilt, daß deutlich Ansätze einer Belebung und Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft vorhanden seien. Auch auf dem Gebiete der Kohle und des Eisens sei eine Besserung bemerkbar. Die Verwaltung glaube mit der vorgelegten Bilanz für die Gesellschaft die Grundlage geschaffen zu haben, daß die Auswirkungen der Wirtschaftsbelebung auch in dem Ergebnis der künftigen Abschlüsse in Erscheinung treten werden.

Abwehrkampf gegen Zugaben.

Kein „Abwehr-Kaffee" mehr

Zwischen dem Rekofei (Reichsverband deutscher Kaufleute des Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmittel-Einzelhandels) und der Edeka einerseits, dem Reichsverband deutscher Spezialgeschäfte in Glas-, Haus- und Küchengeräten andererseits ist, wie die Zeitschrift „Deutsche Konfektion" mitteilt, eine Vereinbarung zustandegekommen, wonach der letztere sich verpflichtet, den von seiner diesjährigen Hauptversammlung gefaßten Beschluß über die Einführung von „Abwehr-Kaffee und Margarine" zu widerrufen und die Mitglieder anzuhalten, den Abwehrkampf sofort einzustellen. Demgegenüber verpflichtet sich die Rekofei und Edeka, ihre Mitglieder dahin zu beeinflussen, von den Zugaben fachfremder Waren und deren Ankündigung abzusehen. Beide Parteien wollen gemeinsam weiter auf das Ziel eines lückenlosen gesetzlichen Zugabeverbots hinarbeiten.

Gebrauchsvieh-Versteigerung.

Hamm, 20. Dez. Die Verwertungsgemeinschaft Westfälischer Herdbuchzüchter (Sitz Arnsberg) veranstaltete heute in den städtischen Versteigerungshallen zu Hamm ihre 45. Versteigerung von Zucht- und Abmelkvieh. Mit Rücksicht auf das Weihnachtsfest war diese Versteigerung um acht Tage vorverlegt worden. Mit Beginn des nächsten Jahres werden die Versteigerungen in den Anfang des Monats verlegt. Die nächste Abmehl-Versteigerung findet am Dienstag, 10. Januar, dann aber an jedem zweiten Dienstag im Monat statt, so daß die folgenden Termine auf den 7. Februar und 7. März gelegt sind.

Bei der heutigen Versteigerung warfen die bevorstehenden Feiertage wohl schon ihre Schatten voraus, und auch die Zeitverhältnisse mögen ihre Wirkung ausgeübt haben. Denn die jetzige Versteigerung stand unter einem weniger günstigen Stern, als die vorhergegangenen. Der Besuch ließ nichts zu wünschen übrig; er war nicht geringer, als die früheren Versteigerungen. Auch die Zahl der zum Verkauf gestellten Tiere war nicht geringer, das Material durchgehend sogar noch besser, als vorher; aber die Kauflust war von vornherein nur recht gering. Dementsprechend wurde auch nur zögernd geboten, und die Preise blieben stark gedrückt. Preise von 400 Mark und mehr, wie in den vorhergegangenen Versteigerungen, konnten überhaupt nicht erzielt werden, auch nicht für Tiere mit höchsten Milchleistungen. Der höchste Preis, der überhaupt gezahlt wurde, betrug in zwei Fällen 390 Mark. Mehrere Kühe mit hoher Milchleistung gingen zu verhältnismäßig niedrigen Preisen in andere Hand über, so eine erst siebenjährige Kuh mit rund 5000 kg Milch für 280 Mark, eine andere Kuh gleichen Alters mit 5400 kg Milchleistung (3,30 Proz. Fett) erzielte nur 340 Mark. Die Folge war, daß von den 64 zum Verkauf gestellten Tieren 6 aus der Versteigerung zurückgezogen, 11 Tiere wegen zu geringer Gebote nicht zugeschlagen wurden. Angeboten waren vornehmlich Rinder und tragende Kühe. Während der Anteil an rotbuntem Vieh sonst nur sehr gering ist, waren dieses Mal 8 rotbunte und 2 rote Tiere zum Verkauf gestellt, die zum Teil recht gute Preise erzielen konnten. Verkauft wurden u. a. Betty (Herdb. Nr. 1804) geb. 1928 des Besitzers Ernst Schoppe in Westhemmerde, Kr. Unna-Land zu 390 Mark. Myra, (Herdb. Nr. 31 608), geb. 1924, Bes. Bernhard Hahues in Lippborg, Kr. Beckum, ebenfalls zu 390 Mark. Fünf Tiere erzielten Preise von 380 Mark, je eine 370 und 360 Mark. Bei einem Gesamtumsatz von 12 950 ℳ stellte sich der Durchschnittspreis für das Tier auf 275 ℳ.

Der Anmeldeschluß für die nächste Abmelkversteigerung am 10. Januar 1933 ist am 3. Januar. Am 13. Januar 1933 findet die 68. Zuchtvieh-Versteigerung der Westfälischen Herdbuchgesellschaft (Sitz Herford) statt.

Kupfer auf 5,10 Dollarcent erhöht.

Die großen Kupferproduzenten haben ihren Preis für Drahtbarren auf 5,10 Dollarcent nach bisher 5 Dollarcent heraufgesetzt und zu diesem Preise auch die zur Verfügung gestellten kleinen Mengen verkauft. Man rechnet im Markt mit einer weiteren Konsolidierung der Verhältnisse. Vor allem wird es als beruhigend empfunden, daß nach den Erklärungen von Sir Oackland Geddes auf der Generalversammlung der Rhokana ein scharfer Preiskampf aller gegen alle nicht zu erwarten sei, daß aber auch neue Verhandlungen über eine Produktionsregelung vorläufig nicht geplant sind, die ja den Markt stets nervös zu machen pflegen. Man ist allseitig der Auffassung, daß die jetzt endgültig wiedergewonnene Freiheit des Marktes schwere Störungen nicht bringen werde, daß vielmehr die größere Elastizität, mit der die Produzenten sich jetzt dem Markt anpassen können, auf die Dauer belebend wirken werde. Eine schnelle Aufwärtsbewegung der Preise wird allerdings nicht erwartet.

Märkte.

Metalle.

Berlin, 21. Dez. **Elektrolytkupfer** (Wirebars) 48,25 ℳ für 100 kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminium 98-99 kg Bl. 160, Aluminium i. Walz. o. Dr. 164, Reinnickel 98-99 kg 350, Antimon-Regulus 37—39, Silber in Barren 900 f 35—38,50.

Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt.

× **Dortmund**, 21. Dez. Auftrieb: Großvieh 333, Kälber 30, Schweine 172. Der Handel war schleppend. Es kosteten: frischmelke Kühe: a) 350—375, b) 300—350, c) 200—290; Rinder 170—260. Beste Tiere über Notiz. Sämtliches zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Am Schweinemarkt war der Handel sehr langsam. Es kosteten: Ferkel: 6—8 Wochen alt 8—10 ℳ, 8—10 Wochen alt 10—16 ℳ, 10—12 Wochen alt 16—30 ℳ. Der nächste Markt findet am 29. Dezember statt.

Nutz- und Zuchtviehmarkt in Osnabrück.

◇ **Osnabrück**, 21. Dez. Auftrieb: Rinder 175, Ferkel 510. Es kosteten: Kühe in Milch: a) 330—370, b) 290 bis 330, c) 240—290, d) 180—240; tragende Rinder: a) 250—290, b) 210—250, c) 180—210, d) 150—180; Ferkel: 6—8 Wochen alt 5—8 ℳ, 8—13 Wochen alt 8—12 ℳ; Läufer: 12—15 ℳ. Marktverlauf: mittel. Nächster Markt: 28. Dezember.

Schweinemarkt in Lehrte.

Bericht der Viehverkaufshalle A.-G. Lehrte vom 20. Dez.

Auftrieb: 676 Ferkel und 62 Läuferschweine. Es kosteten im Großhandel: Ferkel (Durchschnittsqualität) 4—6 Wochen alt bis 7 Mk., 6—8 Wochen alt 8—10 Mk., 8—12 Wochen alt 11—15 Mk., Läuferschweine, 3—4 Monate alt 16—21 Mk., 4—5 Monate alt bis 30 Mark. Marktverlauf: Bei kleiner Zufuhr mittelmäßig. — In der Woche nach Weihnachten wird unser Markt von Dienstag, den 27., auf Mittwoch, den 28. Dez., verlegt.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 21. Dezember 1932.

(Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg)

	21. 12.	20. 12.
Weizen märk. neue Ernte	185—187	185—187
Dezember	200—199	199—98½
März	203	202½—03
Mai	206½	205—04½
Tendenz:	stetig	ruhig
Roggen märk. neue Ernte	152—154	152—154
Dezember	163½	162½—½
März	165½—½	165 - 64½
Mai	167½—68	167½-66½
Tendenz:	stetig	matter
Gerste		
Braugerste	166—175	166—175
Futtergerste	158—165	158—165
Wintergerste	—	—
Tendenz:	ruhig	ruhig
Hafer märk.	113—118	113—118
Dezember	—	—
März	—	120—120
Mai	126—127	123—¾
Tendenz:	stetig	schwäch.
Mais Waggon frei ab Hamburg	—	—
Tendenz:		

	21. 12.	20. 12.
Weizenmehl	23½—26½	23½—26½
Tendenz	ruhig	matter
Roggenmehl	19—21.4	19—21.4
Tendenz	ruhig	ruhig
Weizenkleie	8.8—9.2	8.9—9½
Tendenz	k. beh.	etw. beh
Roggenkleie	8.7—9	8.7—9
Tendenz	ruhig	ruhig
Raps	—	—
Tendenz:		
Leinsaat	—	—
Tendenz:		
Viktoriaerbs.	22—26	21—26
kl. Speiseerbs.	20—22	20—22
Futtererbsen	13—15	13—15
Peluschken	13 - 14.5	13 - 14.5
Ackerbohnen	13½ - 15½	13½ - 15½
Wicken	14 - 16	14 - 16
Lupinen blau	8 10½	8 - 10½
gelbe	11¾ - 13	11½ - 13
Seradella alt	—	—
neu	18 - 24	18 - 24
Rapskuchen	—	—
Leinkuchen	10	10
Trockenschn.	8.80	8.80
Soyabohnen ab Hamb.	9.7	9.7
Soyabohnen ab Stettin	10.2	10.4
Kartoffelflock.	13.4 - 13.6	13.6—13.6

Weizenausfuhrscheine per Dez 130 Wert
Weizenausfuhrscheine per Jan 131 Wert
Weizenausfuhrscheine per Feb. 132 Wert
Roggenausfuhrscheine —
Roggenausfuhrscheine per Jan. 107 nom.
Gerstebezugsscheine —
Maisbezugsscheine sofort 81 Wert
Maisbezugsscheine cls 10. 1. 77 Wert

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 21. Dez. Wie zumeist nach starken Preisrückgängen hat sich das Inlandsangebot am Getreidemarkt seit gestern wieder verringert, sodaß die vereinzelt auftretende Nachfrage zumeist nur zu einem 1 ℳ höheren Preise zu befriedigen war. Am Promptmarkt hielt sich die Kauflust in mäßigen Grenzen, und das Geschäft war dementsprechend sehr ruhig, da man vor den Feiertagen Engagements auf längere Sicht nicht mehr eingehen will. Im Zeithandel war schon vormittags eine stetigere Grundstimmung zu beobachten. An der Börse zeigte sich weiter Deckungsbegehr, sodaß mäßige Interventionen der Staatlichen Gesellschaft ausreichten, um die ersten Notierungen bei Weizen um 1—1,5 ℳ, bei Roggen um 0,75 bis 1 ℳ zu erhöhen. Am Mehlmarkt lauteten die Forderungen dagegen unverändert, ohne daß es zu nennenswerten Abschlüssen kommt. Hafer und Gerste sind stimmungsmäßig von der Befestigung mitgezogen, höhere Preise waren aber in der Hauptsache nur am Haferlieferungsmarkt zu verzeichnen, der die gestrigen Preiseinbüßen wieder einholen konnte.

Häuteauktion in Mainz.

● **Mainz**, 21. Dez. Angebot in Großviehhäuten 5752 Stück. Tendenz: Bei zurückhaltender Kauflust leicht abgeschwächt. Tendenz für Kalbfälle: bei geringer Kauflust letztpreisig, teils unverkauft. Angebot in Fresserfellen 39 Stü. Tendenz: wenig Interesse, unverkauft. Angebot in Schaffellen 682 Stück. Tendenz: unverkäuflich, Untergebote. Tendenz: zum Schluß weiter abgeschwächt.

Bremen: Baumwolle (amtlich)

	21. 12. Brief	Geld	bezahlt	20. 12. Brief	Geld	bezahlt
loko	7.16			7.17		
Dezember	6.82	6.80	6.80	—	—	—
Januar 32	6.80	6.76	6.78	6.82	6.78	6.80
März	6.97	6.95	6.97	6.98	6.95	—
Mai	7.09	7.07	7.09	7.11	7.09	—
Juli	7.21	7.19	7.20	7.20	7.19	7.19
Oktober	7.40	7.39	7.40	7.39	7.37	7.38

Tendenz: ruhig

Liverpool: Baumwolle

	21. 12.	20. 12.		21. 12.	20. 12.
loko	5.21	5.21	August 33	5 05	5.08
Dezember	4.97	5.01	September 33	5.05	5.08
Januar 33	4.98	5.01	Oktober 33	5.06	5.09
Februar 33	4.99	5.02	November 33	5.07	5.09
März 33	5.01	5.04	Dezember 33	5.09	5.11
April 33	5.02	5.05	Januar 34	5.10	5.13
Mai 33	5.03	5.06	März 34	5.13	5.16
Juni 33	5.03	5.06	Mai 34	5.15	5.18
Juli 33	5.04	5.07	Juli 34	5.17	5.20

	21. 12.	20. 12.
Tagesimport	—	—
Tageslokoverkäufe	—	—
Exportverkäufe	—	—
Aegypt Upper F. G.	—	—
fair loko	—	—

Tendenz: ruhig, stetig

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	21. 12.	20. 12.
Loco Surtee F. G.	5.10	5.12
„ Broach F. G. (Good Staple)	4.79	4.81
„ M. G. Punjab/American F. G.	4.62	4.64
„ Centr. Provinces Oomra Nr. 1	5.03	5.05
„ Bengal F. G.	4.20	4.22
„ Bengal Superfine	4.40	4.42
„ Sind F. G.	4.20	4.22
„ Sind Superfine	4.40	4.42

New Orleans: Baumwolle

	21. 12.	20. 12.		21. 12.	20. 12.
loco	5.90	5.95	Mai 33	6.10—11	6.14—15
Dezember	5.81	5.88—91	Juli	6.21	6.24
Januar	5.84—85	5.90	Oktober	6.39—40	6.43
März	5.99	6.03—04	Tendenz k. stetig		

New York: Baumwolle

	21. 12.	20. 12.		21. 12.	20. 12.
loco	6.00	6.10	Juni	6.17	6.22
Dezember	5.87	5.93	Juli	6.22—23	6.28—29
Januar	5.86—87	5.92—93	August	6.28	6.34
Februar	5.93	5.99	September	6.35	6.40
März	6.00—01	6.06—07	Oktober	6.42	6.47—48
April	6.06	6.11	November	—	—
Mai	6.12—13	6.17	Tendenz:	stetig	

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	1000
Baumwollzufuhr in Golf Häfen	21000
Zufuhren in Pacific Häfen	4000
Export nach England	—
Export nach Frankreich	24000
Export nach dem übrigen Kontinent	24000
Export nach Japan und China	3000
Fracht n. Liverpool f. stark gepr. Ballen	—
Fracht für Standard	—
Export n. Kanada u. Mexiko	200000

Reise und Verkehr.

„Fahrt ins Blaue" als Weihnachtsgeschenk!

Zu Weihnachten veranstaltet das Reisebüro E. Bendel GmbH., Münster, Salzstraße 36a, auf vielfache Anregung aus dem Publikum am 2. Feiertag eine sogenannte „Fahrt ins Blaue", das heißt: eine Tagesfahrt, von der man im voraus nicht weiß, wohin sie geht. So viel darf verraten werden: Die Tour beginnt am 2. Weihnachtstag mit dem großen geheizten Aussichtswagen der Firma Meermann u. Aßmann, morgens 9 Uhr, ab Domplatz in Münster. Jeder Teilnehmer erhält einen reservierten Sitzplatz. Unterwegs werden mehrere schöne Plätze besucht, wobei in einer Bischofsstadt das gute „Mittagessen" stattfindet. Dabei wird eine Gratis-Weihnachtsverlosung mit wertvollen Preisen für die Fahrtteilnehmer veranstaltet. Jede Teilnehmerkarte trägt eine Losnummer. Des Nachmittags führt die „Fahrt ins Blaue" durch eine prächtige Winterlandschaft, nun ins „Weiße", damit man die Winterfreuden auch einmal genießen kann. Die Rückkunft in Münster ist abends gegen 22 Uhr. Der Fahrpreis beträgt einschl. Mittagessen 7,75 Mk. Umgehende Anmeldung erbeten. Tel. Münster: 25885.

Umlegung und Verwendung von Alt- und Sperrkonten.

Der Reichswirtschaftminister hat für die Behandlung von Anträgen, welche Alt- und Sperrguthaben von Ausländern außerhalb des Deutschen Kreditabkommens betreffen, den Devisenbewirtschaftungsstellen einige ergänzende Anweisungen erteilt.

Bei Anträgen auf Umlegung vor dem 16. Juli 1931 entstandener Währungsguthaben von dem bisher kontoführenden deutschen Kreditinstitut auf ein anderes, soll die Genehmigung grundsätzlich nur noch erteilt werden, wenn das Guthaben auf Reichsmark umgestellt wird. Was die Verwendung von Alt- und Sperrguthaben betrifft, so konnte nach den Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung dem ausländischen Inhaber eines Altguthabens bisher schon gestattet werden, für von ihm selbst erteilte, neue Aufträge auf Lieferung deutscher Waren einen 25 Proz. betragenden Teil des Rechnungsbetrages zu Lasten seines Altguthabens zu begleichen. Dieser Grundsatz ist auch auf Sperrguthaben ausgedehnt worden; ausgenommen bleiben jedoch solche Sperrguthaben, die aus dem Verkauf von Wertpapieren entstanden sind. Mit besonderem Entgegenkommen sollen Anträge von Privatpersonen behandelt werden, die aus ihren Alt- und Sperrguthaben gelegentliche Käufe in Deutschland zu bezahlen wünschen. Die Auflösung von Alt- und Sperrguthaben in der Weise, daß dritte Personen die Guthaben erwerben, um sie für Warenzahlungen zu verwenden, kann im allgemeinen nicht genehmigt werden. Für gesperrte Zwischenkonten, die aus Zahlungen im Warenverkehr mit dem Ausland entstanden sind, gelten die gleichen Grundsätze.

Anträge auf Verwendung von Alt- oder Sperrguthaben zu Anlagen in Deutschland (Kredite, Hypotheken, Grundstückskäufe und dergl.) werden grundsätzlich nur genehmigt, wenn es sich um eine langfristige, mindestens fünfjährige Anlage handelt. Ausnahmen von dieser Anlagedauer können nur bei solchen Sperrkonnten gemacht werden, die aus der Einreichung inländischer Zahlungsmittel durch Ausländer oder aus dem Verkauf von Wertpapieren entstanden sind (§§ 17, 18 Devisenverordnung), und auch nur dann, wenn ein besonderes wirtschaftliches Interesse bejaht wird. In jedem Fall muß der Gegenwert bei Fälligkeit wieder auf ein gesperrtes Konto zurückfließen.

Unter dem Gesichtspunkt des Härtefalles können Zahlungen im Inland aus Alt- und Sperrguthaben gestattet werden, soweit es sich um unentgeltliche Zuwendungen an Verwandte oder für wohltätige Zwecke handelt; ferner wenn die Zahlung im Zusammenhang steht mit der Entstehung oder Verwaltung des Sperrguthabens (z. B. Gerichtskosten, Anwaltskosten, Steuern). Auch in Härtefällen soll im allgemeinen nur die Genehmigung zu Inlandszahlungen, dagegen nicht zur Transferierung von Beträgen aus dem Guthaben erteilt werden.

Reichsbahn und Kraftwagen.

Möglichkeiten des Wettbewerbsproblems.

Vor dem Verein der Tarifeure in Berlin sprach Dr. H. D. Salinger zum Wettbewerbsproblem zwischen Reichsbahn und Kraftwagen. Er ging davon aus, daß die gegenwärtige gesetzliche Regelung versage. Allen Plänen zur Weiterbildung der Frage sei der Grundgedanke einer Verkehrskonzentration gemeinsam. Sie unterschieden sich jedoch durch die Etappen zu diesem Zeil, auf denen sie jeweils stehen blieben. Die Selbsthilfepläne und Maßnahmen des gewerblichen Kraftverkehrs versuchten in der Hauptsache nur die Vereinigung des eigenen Lagers, ließen aber das eigentliche Wettbewerbsproblem zur Schiene ungelöst. Der Versuch zur Lösung sei mit den Vorschlägen der Schaffung eines Reichsbahnmonopols oder eines Reichsmonopols für den gewerblichen Gütefernverkehr angestrebt worden. Dieser Gedanke werde aber überwiegend abgelehnt, weil man befürchte, daß bei Versagen der Pläne die Entwicklung nicht mehr zurückgeschraubt werden könne.

Der Redner betonte, daß der Kampf zwischen dem öffentlichen Verkehr und den gewerblichen Lastzugbesitzern nur dann für die Wirtschaft fruchtbar zu gestalten sei, wenn er im Gebiet des reinen Kraftverkehrs ausgetragen werde. Um die mit dem gegenwärtigen Kampf der Reichsbahn verbundene nutzlose Verschleuderung von Millionenbeträgen zu vermeiden, sei zu erwägen, wie ohne Monopol ein öffentliches Kraftverkehrs-Institut geschaffen werden könnte, das in der Lage wäre, die großen Aufgaben des Zubringer- und Verteilerdienstes der Schiene nach einem unter Mitwirkung des Reichsverkehrsministers aufzustellenden Plan gesunder Verkehrsteilung zu erfüllen. Das organisatorische Fundament des öffentlichen Kraftverkehrs sei mit dem Apparat der Bahnspedition gegeben. Würde man diesen von seinen Mißständen befreien, würde man in ihm klarere Verhältnisse durch Vereinheitlichung von Bahnspedition und Schenker und durch seine Beschränkung auf reine Bahnspeditions-Aufgaben schaffen, so hätte er eine ungleich gesündere Arbeitsbasis als bisher.

Die Durchführung dieser Aufgaben sei aber nur bei klarer Verwaltungstrennung zwischen der neuen Reichskraftwagen- und Bahnspeditions-Gesellschaft und der Reichsbahn gewährleistet. Es sei daher zu erwägen, wie ein Teil der Anteile der Bahnspedition in die Hände des Reiches überzuleiten wäre. Mit der nie vollen Wirksamkeit der Kontrolle im Zusammenhang mit dem geltenden Kraftverkehrsgesetz könne man sich dann abfinden, wenn man sie wenigstens durch Einführung eines Deklarationszwanges und einer Haftung auch des Verladers für Tarifuntreue erleichtere.

10% Rabatt gewähre ich bis Weihnachten!
Ulster, Paletots
wenig getragen, v. besseren Herrschaften auch für stärkste Herren, von 10 Mk. an
Jackett-Anzüge von Mk. 9.- an
Gehrock . . . 17.-
Smoking . . 23.-
Einz. Hosen . 2.-
Neue Anzüge von RM. 13.- an
Knabenanzüge von RM. 6.- an
Windjacken v. RM. 5.50 an
Regenmäntel von RM. 7.- an
Auch der weiteste Weg lohnt sich
Halbe Fahrt wird vergütet!
Jakobson
Münster i. W.,
Windthorststr. 50
Warnung! Achten Sie auf die Firma u. Hausnummer 50

Trinkt
Herva
das köstliche Erfrischungsgetränk aus Mate.

Billige, gute neue oder gebrauchte
Pianos
kaufen Sie im
Musik- u. Radiohaus
Fritz Riesenbeck,
Münster i. W.,
jetzt Windthorststr. 8
Ecke Achtermannstr. (am Bahnhof)

Ein gut erhalt. gebr.
Harmonium
zu kaufen gesucht.
Eiloffert. mit Realister- u. Preisangabe an die Pfarrverwaltung Zwillbrock.

Heiraten
Aufrichtiger Weihnachtswunsch!
Witwer, 34 J., kath., 2 Kinder, sucht die Bekanntsch. eines dunkelblond., schlank. Fräul. i. Alter von 20—32 J., am. bald. Heirat. Frdl. Bildzuschr., nur ernstgem., u. F S 375 an die Dülm. Zeitg., Dülmen.

Der weiteste Weg lohnt sich. — Getragene, fast neue, gereinigte
Maß-Anzüge
von Mk. 9.— an.
Mäntel aller Art von Mk. 8.— an
Hosen von Mk. 2.— an
Schuhe von Mk. 2.— an
Damenkleider, Kostüme, Mäntel spottbillig.
Ferner:
Neue Anzüge von Mk. 16.— an
Lederjacken von Mk. 5.50 an
Sport- und Jagdstiefel von Mk. 8.50 an
Gamaschen von Mk. 5.— an
Motorradstiefel von Mk. 12.50 an
Partiewarenhaus Lewenthal
Münster, Königstr. 44, gegenüb. d. Ortskrankenk.

Blumen
Konkurs- Verhütung durch G. Schickel, Münster, Hermannstr. 63
Nr. 20 jähr. Praxis. ln. Refer.

Weißwarengeschäft sucht tüchtige
Weißnäherin
die im Zuschneiden perfekt sein muß, zum baldigen Eintritt. Angeb. unt. A 185 an d. Ann.-Verw. d. Jeno, Münster.